



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

9. Jahrgang
Nr. 51 März/1 2023

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Ansprache von Wladimir Putin vor der Föderalversammlung-

21 Februar, 2023 16:24; Vollständiger Text© Dmitry Astakhov/ POOL/TASS

Sehr geehrte Abgeordnete der Föderalen Versammlung – Senatoren, Abgeordnete der Staatsduma!
Liebe Bürgerinnen und Bürger Russlands!

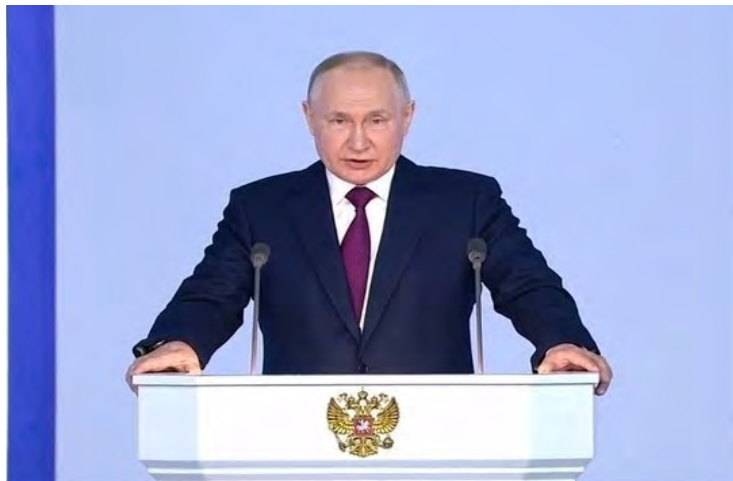
Ich halte diese Rede in einer schwierigen Zeit für unser Land – das wissen wir alle sehr genau – in einer Zeit kardinaler, unumkehrbarer Veränderungen in der Welt, in einer Zeit entscheidender historischer Ereignisse, die die Zukunft unseres Landes und unseres Volkes bestimmen werden, in einer Zeit, in der jeder von uns eine enorme Verantwortung trägt.

Um die Menschen in unserem historischen Land zu schützen, die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten und die Bedrohung durch das neonazistische Regime, das nach dem Putsch von 2014 in der Ukraine entstanden ist, zu beseitigen, wurde vor einem Jahr beschlossen, eine Spezielle Militäroperation durchzuführen. Und wir werden Schritt für Schritt, sorgfältig und konsequent die vor uns liegenden Aufgaben angehen.

Seit 2014 kämpft der Donbass, verteidigt das Recht, in seinem eigenen Land zu leben, seine Muttersprache zu sprechen, kämpft und gibt nicht auf angesichts der Blockade und des ständigen Beschusses, des unverhohlenen Hasses des Kiewer Regimes, glaubt und hat darauf gewartet, dass Russland zu Hilfe kommt.

In der Zwischenzeit – und das wissen Sie sehr gut – taten wir alles, wirklich alles, um dieses Problem friedlich zu lösen, wir verhandelten geduldig über einen friedlichen Ausweg aus diesem äusserst schwierigen Konflikt.

Aber hinter unserem Rücken wurde ein ganz anderes Szenario vorbereitet. Die Versprechungen der westlichen Machthaber, ihre Beteuerungen des Friedenswillens im Donbass erwiesen sich, wie wir heute sehen, als Fälschung, als grausame Lüge. Sie wollten nur Zeit schinden, eine Vernebelungskampagne führen, die Augen vor politischen Morden, der Unterdrückung Unerwünschter und der Einschüchterung von Gläubigen durch das Kiewer Regime verschliessen und ukrainische Neonazis zunehmend zu terroristischen Handlungen im Donbass ermutigen. Die Offiziere der nationalistischen Bataillone wurden in westlichen Akademien und Militärschulen ausgebildet, und es wurden Waffen geliefert.



Und ich möchte besonders betonen, dass Kiew schon vor Beginn der militärischen Spezialoperation mit dem Westen über die Lieferung von Luftabwehrsystemen, Kampfflugzeugen und anderem schweren Gerät an die Ukraine verhandelt hat. Wir erinnern uns auch an die Bemühungen des Kiewer Regimes um den Erwerb von Atomwaffen, denn darüber haben wir öffentlich gesprochen.

Die Vereinigten Staaten und die NATO haben ihre Armeestützpunkte und geheimen Biolaboratorien in der Nähe der Grenzen unseres Landes rasch verlegt; sie haben den Schauplatz künftiger Kriegsauseinandersetzungen durch Manöver beherrscht und das Regime in Kiew und die versklavte Ukraine auf einen grossen Krieg vorbereitet.

Und heute bekennen sie sich dazu – sie geben es öffentlich, offen und ohne zu zögern zu. Es ist so, als wären sie stolz und würden in ihrer Perfidie schwelgen und sowohl die Minsker Vereinbarungen als auch das Normandie-Format bezeichnen sie als diplomatische Show, als Bluff. Es stellt sich heraus, dass sie die ganze Zeit, als der Donbass brannte, als Blut vergossen wurde, als Russland aufrichtig – ich möchte das betonen – aufrichtig eine friedliche Lösung anstrebte, mit dem Leben der Menschen gespielt haben, ja, wie man in bekannten Kreisen sagt, eine gezinkte Karte gespielt haben.

Diese abscheuliche Methode der Täuschung wurde schon viele Male zuvor ausprobiert. Mit der gleichen Skrupellosigkeit und Doppelzüngigkeit haben sie Jugoslawien, den Irak, Libyen und Syrien vernichtet. Sie werden sich niemals von dieser Schande reinwaschen können. Ehre, Vertrauen, Anstand sind nichts für sie. In den langen Jahrhunderten des Kolonialismus, des Diktats, der Hegemonie haben sie sich daran gewöhnt, alles zu dürfen, sich um die ganze Welt nicht zu scheren. Es stellt sich heraus, dass sie die Völker ihrer eigenen Länder mit der gleichen verächtlichen, versklavenden Haltung behandeln – schliesslich haben sie sie auch zynisch mit Fabeln über die Suche nach Frieden, über die Einhaltung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zum Donbass getäuscht. In der Tat sind die westlichen Eliten zu einem Symbol für vollkommen prinzipienlose Lügen geworden.

Wir verteidigen entschlossen nicht nur unsere Interessen, sondern auch unseren Standpunkt, dass es in der heutigen Welt keine Unterteilung in die sogenannten zivilisierten Länder und alle anderen geben sollte, dass eine ehrliche Partnerschaft erforderlich ist, die grundsätzlich jede Ausschliesslichkeit ablehnt, und zwar umso mehr, je aggressiver sie ist.

Wir waren offen, aufrichtig bereit zu einem konstruktiven Dialog mit dem Westen, wir haben gesagt und darauf bestanden, dass Europa und die ganze Welt ein unteilbares, gleichberechtigtes Sicherheitssystem für alle Staaten braucht, und wir haben unseren Partnern seit vielen Jahren vorgeschlagen, diese Idee gemeinsam zu diskutieren und an ihrer Umsetzung zu arbeiten. Aber die Antworten, die wir erhalten haben, waren entweder unartikuliert oder heuchlerisch. Das ist, was die Worte betrifft. Aber es gab auch konkrete Taten: Die Ausdehnung der NATO bis an unsere Grenzen, die Schaffung neuer Stellungsgebiete für die

Raketenabwehr in Europa und Asien ... sie haben beschlossen, sich mit einem «Schirm» vor uns zu schützen –, die Stationierung von Militärkontingenten, und zwar nicht nur in der Nähe der Grenzen Russlands.

Ich möchte betonen, dass kein Land der Welt so viele Militärstützpunkte im Ausland hat wie die Vereinigten Staaten von Amerika. Es sind Hunderte von ihnen, das möchte ich betonen, Hunderte von Stützpunkten auf der ganzen Welt, auf dem ganzen Planeten, schauen Sie sich nur einmal die Karte an.

Die ganze Welt hat miterlebt, wie sie (USA) sich aus grundlegenden Rüstungsabkommen zurückgezogen haben, einschliesslich des Abkommens über Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen, und damit einseitig grundlegende Abkommen, die den Frieden in der Welt sichern, aufgekündigt haben. Sie haben es aus irgendeinem Grund getan – sie tun nichts umsonst, wie Sie wissen.

Schliesslich haben wir im Dezember 2021 die Vertragsentwürfe über Sicherheitsgarantien offiziell an die Vereinigten Staaten und die NATO geschickt. Aber bei allen Schlüsselpositionen, die für uns von prinzipieller Bedeutung sind, erhielten wir eine direkte Ablehnung. Dann wurde endgültig klar, dass der Startschuss für die Umsetzung der aggressiven Pläne gefallen war, und sie werden nicht aufhören diese auch umsetzen.

Die Bedrohung wurde mit jedem Tag grösser. Die eintreffenden Informationen liessen keinen Zweifel daran, dass im Februar 2022 alles für eine weitere blutige Strafaktion im Donbass bereit war, gegen die das Kiewer Regime, wie ich mich erinnere, bereits 2014 Artillerie, Panzer und Flugzeuge eingesetzt hatte.

Wir alle erinnern uns gut an die Bilder der Luftangriffe auf Donezk, nicht nur auf diese, sondern auch auf andere Städte. Im Jahr 2015 versuchten sie erneut einen direkten Angriff auf den Donbass und setzten gleichzeitig die Blockade, den Beschuss und den Terror gegen die Zivilbevölkerung fort. All dies, daran möchte ich Sie erinnern, stand im völligen Widerspruch zu den einschlägigen Dokumenten und Resolutionen des UN-Sicherheitsrats, und alle taten so, als ob nichts geschehen wäre.

Ich möchte das wiederholen: Sie waren es, die den Krieg begonnen haben, und wir haben Gewalt angewendet und werden Gewalt anwenden, um ihn zu beenden.

Diejenigen, die einen neuen Angriff auf Donezk, den Donbass und Luhansk planten, wussten ganz genau, dass das nächste Ziel ein Angriff auf die Krim und Sewastopol war, und wir wussten und verstanden das. Und jetzt werden solche weitreichenden Pläne auch in Kiew öffentlich diskutiert – enthüllt, enthüllt, was wir schon früher sehr gut wussten.

Wir schützen das Leben der Menschen, unsere eigene Heimat. Und das Ziel des Westens ist unbegrenzte Macht. Er hat bereits schon mehr als 150 Milliarden Dollar für die Unterstützung und Aufrüstung des Kiewer Regimes ausgegeben. Zum Vergleich: Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stellen die G7-Staaten in den Jahren 2020–2021 rund 60 Milliarden Dollar für die ärmsten Länder der Welt zur Verfügung. Das ist doch klar, oder? 150 Milliarden für den Krieg und 60 Milliarden für die ärmsten Länder, um die sie sich angeblich ständig kümmern, wobei die Länder, die das Geld erhalten, bestimmte Gehorsamspflichten erfüllen müssen. Und wo bleibt das ganze Gerede über Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung und Ökologie? Wo ist das alles geblieben? Wo ist das alles geblieben? Gleichzeitig reisst der Geldfluss für den Krieg nicht ab. Es werden keine Kosten gescheut, um Unruhen und Putsche in anderen Ländern zu fördern, wieder einmal rund um die Welt.

Auf der Konferenz in München wurden kürzlich endlose Anschuldigungen gegen Russland erhoben. Man hat den Eindruck, dass dies nur geschah, um alle zu täuschen, damit alle vergessen, was der sogenannte Westen in den letzten Jahrzehnten getan hat. Und sie haben den Geist aus der Flasche rausgelassen, haben ganze Regionen ins Chaos gestürzt.

Die Kriege, die die USA nach 2001 angezettelt haben, haben nach eigenen Angaben der amerikanischen Experten – ich möchte darauf hinweisen: Wir haben diese Zahlen nicht erfunden, die Amerikaner geben sie selbst an – fast 900 Tausend Menschen getötet, mehr als 38 Millionen wurden zu Flüchtlingen. All das wollen sie jetzt einfach aus dem Gedächtnis der Menschheit löschen und so tun, als sei nichts geschehen. Aber niemand auf der Welt hat dies vergessen und wird es auch nicht vergessen.

Keiner von ihnen nimmt Rücksicht auf menschliche Verluste und Tragödien, denn was auf dem Spiel steht, sind natürlich Billionen, Billionen von Dollars; eine Gelegenheit, weiterhin alle zu bestehlen; unter dem Deckmantel von Worten über Demokratie und Freiheiten, neoliberale und totalitäre Werte durchzusetzen; ganze Länder und Völker abzustempeln, ihre Führer öffentlich zu beleidigen; abweichende Meinungen im eigenen Land zu unterdrücken; ein Feindbild zu schaffen, um die Aufmerksamkeit der Menschen von den Korruptionsskandalen – wir sehen das alles im Fernsehen – von den wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und ethnischen Problemen und Widersprüchen im eigenen Land abzulenken.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Westen in den 1930er Jahren den Nazis den Weg zur Macht in Deutschland ebnete. Und in unserer Zeit haben sie begonnen, die Ukraine in ein «Anti-Russland» zu verwandeln. Das Projekt ist nicht wirklich neu. Im XIX. Jahrhundert hat dieses Projekt begonnen in Österreich-Ungarn, Polen und anderen Ländern mit dem Ziel, diese historischen Gebiete, die heute Ukraine heissen, von unserem Land abzutrennen. Das ist das Ziel. Es gibt nichts Neues, keine Neuheit, alles wiederholt sich. Der Westen hat die Umsetzung dieses Projekts durch die Unterstützung des Putsches von 2014 erzwungen. Schliesslich war der Putsch blutig, staatsfeindlich, verfassungsfeindlich – als ob nichts geschehen wäre, als

ob er notwendig gewesen wäre, sie haben sogar berichtet, wie viel Geld dafür ausgegeben worden ist. Russophobie und extrem aggressiver Nationalismus wurden zur ideologischen Grundlage gemacht.

Kürzlich wurde eine der Brigaden der ukrainischen Streitkräfte – was für eine Schande, aber sie schämen sich nicht – als Hitler-Division, die an der Deportation von Juden, der Exekution von Kriegsgefangenen, an Strafkolonien gegen Partisanen in Jugoslawien, Italien, der Tschechoslowakei und Griechenland beteiligt war, mit dem Namen «Edelweiss» versehen. Bei den ukrainischen Streitkräften und der Nationalgarde sind Chevrons «Das Reich», «Totenkopf», «Galizien» und anderen SS-Einheiten besonders beliebt, die ebenfalls Blut an ihren Händen haben. Ukrainische gepanzerte Fahrzeuge tragen die Abzeichen der Wehrmacht des nationalsozialistischen Deutschlands.

Die Neonazis machen keinen Hehl daraus, als wessen Erben sie sich sehen. Erstaunlich ist, dass dies im Westen niemandem auffällt, der an der Macht ist. Warum eigentlich? Weil es ihnen wurscht ist, wenn Sie mir den «mauvais» Ton entschuldigen. Es ist ihnen egal, auf wen sie im Kampf gegen uns, gegen Russland, setzen. Die Hauptsache ist, gegen uns, gegen unser Land zu kämpfen, und deshalb kann jeder benutzt werden. Und wir haben es gesehen: Sowohl Terroristen als auch Neonazis, sogar ein glatzköpfiger Teufel kann benutzt werden, Gott bewahre uns, solange sie ihren Willen erfüllen und als Waffen gegen Russland dienen. Das Projekt «Anti-Russland» ist im wesentlichen Teil der revanchistischen Politik gegenüber unserem Land, die darauf abzielt, in unmittelbarer Nähe unserer Grenzen Brutstätten der Instabilität und Konflikte zu schaffen. Sowohl damals, in den 1930er Jahren, als auch heute ist die Idee dieselbe – die Aggression nach Osten zu lenken, einen Krieg in Europa anzuzetteln, unsere Rivalen mit den Händen der anderen zu eliminieren.

Wir befinden uns nicht im Krieg mit dem ukrainischen Volk, wie ich schon oft gesagt habe. Das ukrainische Volk selbst ist zur Geisel des Kiewer Regimes und seiner westlichen Herren geworden, die dieses Land politisch, militärisch und wirtschaftlich besetzt haben und seit Jahrzehnten die ukrainische Industrie zerstören und die natürlichen Ressourcen ausplündern. Die logische Folge war sozialer Abstieg, eine enorme Zunahme von Armut und Ungleichheit. Und unter solchen Bedingungen ist es natürlich leicht, Material für militärische Operationen zu gewinnen. Niemand hat an die Menschen gedacht, sie wurden auf ein Gemetzel vorbereitet, und am Ende wurden sie zur Verbrauchsmaterial. Leider ist es nur erschreckend, darüber zu sprechen, aber es ist eine Tatsache.

Die Verantwortung für das Schüren des Ukraine-Konflikts, für die Eskalation, für die Zunahme der Opferzahlen liegt allein bei den westlichen Eliten und natürlich bei dem derzeitigen Regime in Kiew, dem das ukrainische Volk im Grunde fremd ist. Das heutige ukrainische Regime dient nicht seinen nationalen Interessen, sondern den Interessen von Drittstaaten.

Der Westen benutzt die Ukraine sowohl als Rammbock gegen Russland als auch als Übungsplatz. Ich werde jetzt nicht auf die Versuche des Westens eingehen, das Blatt der Feindseligkeiten zu wenden, auf seine Pläne, die militärischen Lieferungen zu erhöhen – jeder weiss das zur Genüge. Aber eines sollte jedem klar sein: Je mehr westliche Langstreckensysteme in der Ukraine eintreffen, desto weiter werden wir gezwungen sein, die Bedrohung von unseren Grenzen wegzuschieben. Das ist nur natürlich.

Die westlichen Eliten machen keinen Hehl aus ihrem Ziel: Russland – wie sie sagen, es ist die offene Rede – «eine strategische Niederlage zuzufügen». Was bedeutet das? Was bedeutet es für uns? Es bedeutet, uns ein für alle Mal zu vernichten, das heisst, sie wollen einen lokalen Konflikt in eine Phase der globalen Konfrontation verwandeln. Und so verstehen wir das auch, und wir werden entsprechend reagieren, denn in diesem Fall geht es bereits um die Existenz unseres Landes.

Aber sie sind sich auch bewusst, dass es unmöglich ist, Russland auf dem Schlachtfeld direkt zu besiegen, also führen sie immer aggressivere Informationsangriffe gegen uns. Vor allem zielen sie natürlich auf junge Menschen, auf junge Generationen. Und auch hier lügen sie ständig, verdrehen historische Fakten und hören nicht auf, unsere Kultur, die russisch-orthodoxe Kirche und andere traditionelle religiöse Organisationen unseres Landes anzugreifen.

Schauen Sie sich an, was sie ihren eigenen Völkern antun: Die Zerstörung der Familie, der kulturellen und nationalen Identität, Perversion, Kindesmissbrauch, ja sogar Pädophilie werden zur Norm erklärt, zur Norm ihres Lebens, und Priester, Priester werden gezwungen, gleichgeschlechtliche Ehen zu segnen. Was soll's, sollen sie doch machen, was sie wollen. Was will ich damit sagen? Erwachsene haben das Recht, so zu leben, wie sie wollen, das haben wir in Russland immer so gehandhabt und werden es immer so handhaben: Niemand mischt sich in ihr Privatleben ein, und das werden wir auch nicht tun.

Aber ich möchte ihnen sagen: Schauen Sie doch, entschuldigen Sie, die heiligen Schriften, die Hauptbücher aller anderen Weltreligionen. Da steht alles drin, auch dass die Familie die Vereinigung von Mann und Frau ist, aber selbst diese heiligen Texte werden jetzt in Frage gestellt. Es ist bekannt geworden, dass zum Beispiel die anglikanische Kirche plant – allerdings nur plant –, die Idee eines geschlechtsneutralen Gottes in Betracht zu ziehen. Was soll man dazu sagen? Gott bewahre uns, sie «wissen nicht, was sie tun».

Millionen von Menschen im Westen erkennen, dass sie in eine echte geistige Katastrophe geführt werden. Die Eliten, um es ganz offen zu sagen, werden einfach verrückt, und es scheint kein Heilmittel dazu zu ge-

ben. Aber das ist, wie gesagt, ihr Problem, und wir haben die Pflicht, unsere Kinder zu schützen, und wir werden es tun: Wir werden unsere Kinder vor Degradierung und Degeneration schützen.

Es ist offensichtlich, dass der Westen versuchen wird, unsere Gesellschaft zu untergraben und zu spalten, auf nationale Verräter zu setzen, die zu jeder Zeit – das möchte ich betonen – das gleiche Gift der Verachtung für ihr eigenes Vaterland haben und den Wunsch, Geld zu verdienen, indem sie dieses Gift an diejenigen verkaufen, die bereit sind, dafür zu zahlen. Das war schon immer so.

Diejenigen, die den Weg des direkten Verrats eingeschlagen und terroristische und andere Verbrechen gegen die Sicherheit unserer Gesellschaft und gegen die territoriale Integrität des Landes begangen haben, werden rechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Aber wir werden es dem Regime in Kiew und den westlichen Eliten, die eine Hexenjagd betreiben und betrieben haben, niemals gleichtun, wir werden nicht mit denen abrechnen, die einen Schritt zur Seite gemacht und sich vom Mutterland abgewandt haben. Sie sollen es auf ihrem Gewissen haben, sie sollen damit leben – sie müssen damit leben. Die Hauptsache ist, dass die Menschen, die Bürger Russlands, ihnen eine moralische Bewertung gegeben haben.

Ich bin stolz darauf – und ich denke, wir alle sind stolz darauf –, dass unser multiethnisches Volk, die absolute Mehrheit der Bürger, eine prinzipielle Haltung zu der speziellen Militäroperation eingenommen hat, den Sinn unserer Massnahmen verstanden und unsere Massnahmen zum Schutz des Donbass unterstützt hat. Diese Unterstützung zeugt in erster Linie von echtem Patriotismus, einem Gefühl, das unserem Volk seit jeher innewohnt. Er ist erstaunlich in seiner Würde, in dem tiefen Bewusstsein, dass das Schicksal jedes Einzelnen, und ich betone, jedes Einzelnen, untrennbar mit dem Schicksal des Vaterlandes verbunden ist. Liebe Freunde, ich möchte allen danken, dem ganzen russischen Volk für seinen Mut und seine Entschlossenheit, ich möchte unseren Helden danken, den Soldaten und Offizieren des Heeres und der Marine, der Föderalen Garde, den Mitarbeitern der Sonderdienste und aller Strafverfolgungsbehörden, den Soldaten der Donezker und Luhansker Korps, den Freiwilligen, den Patrioten, die in den Reihen der BARS-Kampftuppenreserve kämpfen.

Ich möchte mich entschuldigen: Es tut mir leid, dass ich in meiner heutigen Rede nicht alle Namen nennen kann. Wissen Sie, als ich diese Rede vorbereitete, schrieb ich eine lange Liste dieser heldenhaften Einheiten, die ich dann aus der heutigen Rede herausnahm, weil es, wie ich sagte, unmöglich ist, alle zu nennen, und ich hatte einfach Angst, diejenigen zu beleidigen, die ich nicht nennen konnte.

Mein Dank gilt den Eltern, den Ehefrauen, den Familien unserer Verteidiger, den Ärzten und Sanitätern, den Krankenschwestern, die die Verwundeten retten, den Eisenbahnern und Lokführern, die die Front versorgen, den Bauarbeitern, die Festungsanlagen errichten und Wohnungen, Strassen und zivile Einrichtungen wiederherstellen, den Arbeitern und Ingenieuren der Rüstungsbetriebe, die heute praktisch rund um die Uhr in mehreren Schichten arbeiten, den Landarbeitern, die die Ernährungssicherheit des Landes zuverlässig gewährleisten.

Ich danke den Lehrern, die sich aufrichtig um die jungen Generationen Russlands kümmern, vor allem jenen, die unter schwierigsten Bedingungen, ja an der Front arbeiten; den Kulturschaffenden, die in die Kriegsgebiete und Krankenhäuser kommen, um Soldaten und Offiziere zu unterstützen; den Freiwilligen, die an der Front und in der Zivilbevölkerung helfen; den Journalisten, allen voran den Kriegsberichterstatern, die an der Front das Risiko eingehen, der ganzen Welt die Wahrheit zu sagen; den Pfarrern der traditionellen russischen Religionen, den Militärpfarrern, deren weises Wort unterstützt und inspiriert.

Ein besonderes Wort an die Bewohner der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, der Regionen Saporoschje und Cherson. Sie selbst, liebe Freunde, haben in Volksabstimmungen über Ihre Zukunft entschieden und sich trotz der Drohungen und des Terrors der Neonazis in einer Zeit, in der die Militäroperationen ganz in Ihrer Nähe stattfanden, entschieden, und nichts war und ist stärker als Ihre Entschlossenheit, zu Russland, zu Ihrem Mutterland zu gehören.

Ich möchte betonen, dass dies die Reaktion der Bewohner der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, Saporoschje und Cherson ist. Noch einmal: Verbeugung vor ihnen allen.

Wir haben bereits begonnen und werden ein umfangreiches Programm für den sozioökonomischen Wiederaufbau und die Entwicklung dieser neuen Föderationssubjekte auflegen. Dabei geht es insbesondere um die Wiederherstellung von Unternehmen und Arbeitsplätzen, den Wiederaufbau von Häfen am Asowschen Meer, das wieder zu einem Binnenmeer Russlands geworden ist, und den Bau neuer moderner Strassen, wie wir es auf der Krim getan haben, die nun über eine zuverlässige Landverbindung mit ganz Russland verfügt. All diese Pläne werden wir mit gemeinsamen Anstrengungen definitiv umsetzen.

Heute unterstützen die Regionen des Landes die Städte, Bezirke und Gemeinden der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, Saporoschje und Cherson direkt und aufrichtig, wie echte Brüder und Schwestern. Jetzt, wo wir wieder zusammen sind, sind wir noch stärker geworden und werden alles tun, um den lang ersehnten Frieden in unserem Land wiederherzustellen und die Sicherheit unseres Volkes zu gewährleisten. Dafür, für unsere Vorfahren, für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder, für die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit, für die Wiedervereinigung unserer Nation, kämpfen unsere Helden heute.

Liebe Freunde, ich bitte Sie, das Andenken an unsere Mitstreiter zu ehren, die ihr Leben für Russland gegeben haben, an die Zivilisten, die älteren Menschen, Frauen und Kinder, die unter dem Beschuss der Neonazis und Züchtiger gestorben sind.

(Schweigeminute.)

Ich danke Ihnen.

Wir alle verstehen, und ich verstehe, wie unerträglich schwer es für die Ehefrauen, Söhne und Töchter der gefallenen Soldaten ist, für ihre Eltern, die würdige Verteidiger des Vaterlandes grossgezogen haben – wie die Junge Garde von Krasnodon, wie die Jungen und Mädchen, die während des Grossen Vaterländischen Krieges gegen den Nazismus gekämpft und den Donbass verteidigt haben. Ihr Mut, ihre Standhaftigkeit, ihre grosse Tapferkeit und ihre Opferbereitschaft sind noch heute in ganz Russland in Erinnerung.

Es ist unsere Pflicht, die Familien, die ihre Angehörigen verloren haben, zu unterstützen, ihnen bei der Erziehung ihrer Kinder zu helfen und ihnen eine Ausbildung und einen Beruf zu ermöglichen. Die Familie eines jeden Teilnehmers an einer militärischen Spezialoperation muss ständig Aufmerksamkeit erhalten und von Fürsorge und Ehre umgeben sein. Auf ihre Bedürfnisse muss sofort und unbürokratisch reagiert werden.

Ich schlage die Schaffung eines speziellen staatlichen Fonds vor. Seine Aufgabe wird es sein, den Familien gefallener Soldaten und Veteranen besonderer Militäroperationen gezielte und persönliche Hilfe zukommen zu lassen. Sie soll die soziale, medizinische und psychologische Betreuung koordinieren, die Probleme der Kur und der Rehabilitation lösen und Hilfe in den Bereichen Bildung, Sport, Beschäftigung, Unternehmertum, Ausbildung und Umschulung leisten. Eine weitere wichtige Aufgabe der Stiftung ist die Organisation der Langzeitpflege zu Hause und die Bereitstellung von High-Tech-Prothesen für alle, die sie benötigen.

Ich bitte die Regierung, zusammen mit der Kommission für Sozialpolitik des Staatsrates und den Regionen alle organisatorischen Fragen so schnell wie möglich zu lösen.

Die Arbeit des staatlichen Fonds sollte offen sein, und das Verfahren für die Gewährung von Hilfe sollte einfach sein, nach dem Prinzip der «einzigen Anlaufstelle», ohne Bürokratie und Verwaltungsaufwand. Jede Familie, das betone ich, jede Familie eines Verstorbenen, jeder Veteran sollte einen persönlichen Sozialarbeiter, einen Koordinator haben, der die anfallenden Probleme in Echtzeit und in persönlicher Kommunikation lösen wird. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass die Strukturen des Fonds in diesem Jahr in allen Regionen der Russischen Föderation eingeführt werden.

Wir haben bereits Massnahmen zur Unterstützung von Veteranen des Grossen Vaterländischen Krieges, von Kriegsveteranen und von Personen, die in lokale Konflikte verwickelt waren, ergriffen. Ich denke, dass sich der von mir erwähnte staatliche Fonds in Zukunft auch mit diesen wichtigen Fragen befassen könnte.

Wir müssen daran arbeiten, und ich bitte die Regierung, dies zu tun.

Ich muss betonen, dass die Einrichtung eines speziellen Fonds die anderen Strukturen und Regierungsebenen nicht von ihrer Verantwortung entbindet. Ich erwarte, dass alle föderalen Dienststellen, Regionen und Gemeinden den Veteranen, den Soldaten und ihren Familien weiterhin ihre volle Aufmerksamkeit schenken. In diesem Zusammenhang möchte ich den Verantwortlichen der Regionen, den Bürgermeistern, den Leitern der Regionen danken, die sich ständig mit den Menschen treffen, auch mit denen, die an die Front reisen, und ihre Landsleute unterstützen.

Was möchten ich besonders hervorheben? Heute tragen Berufssoldaten, Mobilisierte und Freiwillige gemeinsam die Strapazen an der Front – es geht um Nachschub und Ausrüstung, Geldzuwendungen und Versicherungsleistungen im Zusammenhang mit ihren Verwundungen sowie um medizinische Versorgung. Die Beschwerden, die ich und die Gouverneure – sie berichten mir auch – bei der Militärstaatsanwaltschaft und dem Ombudsmann für Menschenrechte erhalten, zeigen jedoch, dass nicht alle diese Fragen geklärt sind. Jeder einzelne Fall muss geklärt werden.

Und noch etwas: Der Dienst in einer Zone speziellen militärischen Operation – das weiss jeder sehr gut – ist mit enormen physischen und psychischen Belastungen verbunden, mit einem täglichen Risiko für Gesundheit und Leben. Deshalb halte ich es für notwendig, dass die mobilisierten Soldaten, im Allgemeinen, alle Teilnehmer der besonderen militärischen Operation, einschliesslich der Freiwilligen, einen regelmässigen Urlaub von mindestens 14 Tagen nehmen, mindestens einmal pro Halbjahr, ohne die Reisezeit, damit jeder Soldat die Möglichkeit hat, seine Familie zu besuchen, mit seinen Verwandten und Lieben zusammen zu sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie Sie wissen, haben wir durch den Erlass des Präsidenten den Plan für den Aufbau und die Entwicklung der Streitkräfte 2021–2025. Seine Umsetzung ist im Gange, wir nehmen die notwendigen Anpassungen vor. Und ich möchte betonen, dass die realen Kampferfahrungen, die wir während der besonderen Militäroperation gesammelt haben, zweifellos als Grundlage für unsere weiteren Schritte zur Stärkung des Heeres und der Marine, für die aktuelle und zukünftige Entwicklung der Streitkräfte dienen sollten. Sie ist für uns äusserst wichtig, man könnte sogar sagen, von unschätzbarem Wert.

Derzeit liegt beispielsweise der Ausrüstungsgrad der russischen nuklearen Abschreckungskräfte mit den neuesten Systemen bei mehr als 91 Prozent, 91,3 Prozent. Und nun müssen wir angesichts der gewonnenen Erfahrungen das gleiche hohe Qualitätsniveau in allen Teilen der Streitkräfte erreichen.

Die Offiziere und Unteroffiziere, die sich als kompetente, moderne und entschlossene Befehlshaber bewährt haben – und das sind sehr viele – werden vorrangig in die höheren Dienstgrade befördert, an die Militäruniversitäten und -Akademien geschickt, sie dienen als starke Personalreserve für die Streitkräfte. Und natürlich müssen sie auf allen Ebenen der Regierung gefragt sein. Ich möchte meine Kollegen nur darauf aufmerksam machen. Das ist sehr wichtig. Die Menschen müssen verstehen, dass ihr Beitrag zur Verteidigung des Vaterlandes vom Vaterland gewürdigt wird.

Wir werden aktiv die fortschrittlichsten Technologien einsetzen, die das qualitative Potenzial der Armee und der Marine erhöhen werden. Wir haben solche Entwicklungen, Muster von Waffen und Ausrüstung in jedem Bereich. Viele von ihnen sind ihren ausländischen Vorbildern deutlich überlegen. Unsere Aufgabe besteht nun darin, ihre Massenproduktion in Gang zu bringen. Und diese Arbeit wird getan, wird durchgeführt und wächst ständig, an unserer eigenen – ich möchte das betonen – russischen wissenschaftlichen und industriellen Basis, dank der aktiven Beteiligung kleiner und mittlerer High-Tech-Unternehmen an der staatlichen Verteidigungsordnung.

Heute beschäftigen unsere Fabriken, Konstruktionsbüros und Forschungsteams sowohl erfahrene Spezialisten als auch eine wachsende Zahl junger Menschen, die talentiert, qualifiziert und bahnbrechend orientiert sind, getreu der Tradition der russischen Waffenschmiede – alles zu tun, um zu gewinnen.

Wir werden auf jeden Fall die Garantien für die Belegschaft verstärken. Das gilt auch für die Löhne und die soziale Absicherung. Ich schlage vor, ein spezielles Programm für Vorzugsmieten für die Beschäftigten des militärisch-industriellen Komplexes aufzulegen. Der Mietpreis für sie wird deutlich unter dem Marktpreis liegen, da der Staat einen erheblichen Teil der Kosten für die Wohnung übernehmen wird.

Wir haben diese Frage natürlich mit der Regierung besprochen. Ich beauftrage uns, alle Einzelheiten dieses Programms auszuarbeiten und unverzüglich mit dem Bau solcher Mietwohnungen zu beginnen, in erster Linie natürlich in unseren wichtigen Verteidigungs-, Industrie- und Forschungszentren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Wie ich bereits sagte, hat der Westen gegen uns nicht nur eine militärische, informationelle, sondern auch eine wirtschaftliche Front eröffnet. Aber er hat nichts erreicht und wird auch nichts erreichen. Darüber hinaus bestrafen sich die Initiatoren der Sanktionen selbst: Sie haben in ihren eigenen Ländern Preissteigerungen, Arbeitsplatzverluste, Geschäftsschließungen und eine Energiekrise provoziert, und sie sagen ihren Bürgern – wir können es hören –, dass die Russen daran schuld sind.

Welche Mittel wurden bei dieser Sanktionsaggression gegen uns eingesetzt? Man hat versucht, die wirtschaftlichen Beziehungen zu russischen Unternehmen zu kappen, das Finanzsystem von den Kommunikationskanälen abzuschneiden, um unsere Wirtschaft zu erdrücken, uns den Zugang zu den Exportmärkten zu verwehren, um unsere Einnahmen zu schmälern. Dazu gehören auch der Diebstahl – man kann es nicht anders sagen – unserer Devisenreserven, der Versuch, den Rubel zum Einsturz zu bringen und eine verheerende Inflation zu provozieren.

Noch einmal: Die antirussischen Sanktionen sind nur ein Mittel zum Zweck. Und das Ziel ist, wie die westlichen Führer selbst erklären – direktes Zitat –, «unsere Bürger leiden zu lassen». «Sie leiden lassen» – diese Humanisten. Sie wollen die Menschen leiden lassen und damit unsere Gesellschaft von innen heraus destabilisieren.

Aber ihr Kalkül ist nicht aufgegangen – die russische Wirtschaft und das Regierungssystem haben sich als viel stärker erwiesen, als der Westen glaubte.

Dank der gemeinsamen Anstrengungen der Regierung, des Parlaments, der Bank von Russland, der Subjekte der Föderation und natürlich der Wirtschaft und der Gewerkschaften haben wir die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Situation sichergestellt, die Bürger geschützt, Arbeitsplätze gerettet, Engpässe auf dem Markt, auch bei lebenswichtigen Gütern, verhindert, das Finanzsystem und die Unternehmer unterstützt, die in ihre Unternehmen und damit in die Entwicklung des Landes investieren.

So haben wir im vergangenen März ein Massnahmenpaket zur Unterstützung der Unternehmen und der Wirtschaft im Wert von rund einer Billion Rubel auf den Weg gebracht. Ich möchte betonen, dass es sich hierbei nicht um eine Emissionspolitik handelt, nein, alles in unserem Land wird auf einer soliden Marktbasis durchgeführt.

Im Jahr 2022 war das Bruttoinlandsprodukt gesunken. Michail Wladimirowitsch (Mischustin) hat angerufen und gesagt, er möchte, dass Sie darüber sprechen. Ich glaube, diese Information wurde gestern veröffentlicht, und zwar pünktlich, wie es sich gehört, alles läuft nach Plan.

Uns wurde eine Verlangsamung der Wirtschaft um 20–25% vorausgesagt. Vor kurzem hatten wir noch 2,9%. Etwas später dann 2,5%. Das Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2022 um 2,1% gesunken – das sind die jüngsten Daten. Gleichzeitig möchte ich Sie daran erinnern, dass bereits im Februar und März letzten Jahres, wie gesagt, der Zusammenbruch der Wirtschaft vorhergesagt wurde.

Die russische Wirtschaft hat die Logistik wieder aufgebaut und die Beziehungen zu verantwortungsvollen, berechenbaren Partnern gestärkt – und davon gibt es viele, die meisten davon in der Welt.

Ich stelle fest, dass sich der Anteil des russischen Rubels an unseren internationalen Abrechnungen im Vergleich zum Dezember 2021 verdoppelt und ein Drittel erreicht hat, und zusammen mit den Währungen befreundeter Länder ist es mehr als die Hälfte.

Wir werden weiterhin mit unseren Partnern zusammenarbeiten, um ein stabiles und sicheres System des internationalen Zahlungsverkehrs zu schaffen, das unabhängig vom Dollar und anderen westlichen Reservewährungen ist, die angesichts der Politik der westlichen Eliten und ihrer Machthaber unweigerlich ihren universellen Charakter verlieren werden. Wir sind diejenigen, die alles mit unseren eigenen Händen machen. Wir sind nicht diejenigen, die den Dollar oder andere sogenannte Universalwährungen abschaffen – sie selbst sind diejenigen, die alles mit ihren eigenen Händen tun.

Wissen Sie, es gibt so einen populären Ausdruck: Kanonen statt Butter. Die Verteidigung des Landes hat natürlich oberste Priorität, aber bei der Lösung der strategischen Aufgaben in diesem Bereich dürfen wir nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen, wir dürfen nicht unsere eigene Wirtschaft zerstören. Wir haben alles, was wir brauchen, um die Sicherheit zu gewährleisten und die Voraussetzungen für eine stetige Entwicklung des Landes zu schaffen. In dieser Logik handeln wir, und wir werden es auch weiterhin tun.

So haben im vergangenen Jahr viele grundlegende, ich betone, die zivilen Sektoren der Volkswirtschaft, die Produktion nicht nur nicht reduziert, sondern sogar deutlich gesteigert. Zum ersten Mal in der modernen Geschichte unseres Landes überstieg das Volumen der in Auftrag gegebenen Wohnungen 100 Millionen Quadratmeter.

Unsere landwirtschaftliche Produktion verzeichnete im vergangenen Jahr zweistellige Wachstumsraten. Vielen Dank, und eine grosse Verbeugung vor den Landwirten. Die russischen Landwirte haben eine Rekord-ernte eingefahren: Über 150 Millionen Tonnen Getreide, davon über 100 Millionen Tonnen Weizen. Bis zum Ende des Agrarjahres, d.h. bis zum 30. Juni 2023, werden wir das Gesamtvolumen der Getreideexporte auf 55–60 Millionen Tonnen bringen können.

Vor 10–15 Jahren schien dies ein Märchen zu sein, ein absolut unrealisierbarer Plan. Wenn Sie sich erinnern – und einige hier erinnern sich sicher an den ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister –, dann haben wir vor nicht allzu langer Zeit überhaupt 60 Millionen Tonnen geerntet – Jahr für Jahr, und jetzt werden wir allein beim Exportpotenzial 55–60 Millionen Tonnen haben. Ich bin überzeugt, dass wir auch in anderen Bereichen alle Chancen für einen ähnlichen Durchbruch haben werden.

Wir haben keinen Einbruch auf dem Arbeitsmarkt zugelassen, im Gegenteil, wir haben es geschafft, die Arbeitslosigkeit unter modernen Bedingungen abzubauen. Unser Arbeitsmarkt ist heute – unter allseits schwierigen Bedingungen – komfortabler geworden als früher. Erinnern Sie sich: Vor der Pandemie lag unsere Arbeitslosenquote bei 4,7%, jetzt liegt sie bei 3,7%, glaube ich. Michail Wladimirowitsch, wie viel – 3,7 Prozent? 3,7 Prozent ist ein historischer Tiefstand.

Noch einmal: Die russische Wirtschaft hat die aufgetretenen Risiken überwunden – sie hat diese überwunden. Ja, viele dieser Risiken waren nicht im Voraus kalkulierbar, wir mussten buchstäblich «on the fly» reagieren, als die Probleme auftauchten. Sowohl auf Regierungs- als auch auf Unternehmensebene wurden Entscheidungen so schnell wie möglich getroffen. Ich möchte anmerken, dass die Privatinitiative und die kleinen und mittleren Unternehmen hier eine grosse Rolle gespielt haben, was nicht vergessen werden sollte. Wir haben eine übermässige administrative Regulierung und eine Schieflage der Wirtschaft zugunsten des Staates vermieden.

Was ist noch wichtig? Der wirtschaftliche Abschwung im letzten Jahr war nur im zweiten Quartal zu verzeichnen – im dritten und vierten Quartal gab es ein Wachstum, einen Aufschwung. Wir sind in der Tat in einen neuen Zyklus des Wirtschaftswachstums eingetreten. Nach Ansicht von Experten erhalten sein Modell und seine Struktur einen qualitativ anderen Charakter. Neue und vielversprechende globale Märkte, einschliesslich der APR [Asien-Pazifik-Region], unser eigener Inlandsmarkt, unsere wissenschaftliche und technologische Basis und unsere Humanressourcen treten in den Vordergrund: Nicht die Lieferung von Rohstoffen ins Ausland, sondern die Produktion von Waren mit hohem Mehrwert. Dies ermöglicht es uns, das enorme Potenzial Russlands in allen Bereichen zu erschliessen.

Bereits in diesem Jahr wird ein solides Wachstum der Binnennachfrage prognostiziert. Ich bin zuversichtlich, dass unsere Unternehmen diese Gelegenheit nutzen werden, um die Produktion zu steigern, die beliebtesten Produkte herzustellen und die Nischen zu besetzen, die durch den Weggang westlicher Unternehmen frei geworden sind oder frei werden.

Heute sehen wir das Gesamtbild, wir verstehen die strukturellen Probleme, die wir in den Bereichen Logistik, Technologie, Finanzen und Humanressourcen lösen müssen. Wir haben in den letzten Jahren viel und ständig über die Notwendigkeit gesprochen, die Struktur unserer Wirtschaft zu verändern, und jetzt sind diese Veränderungen eine unabdingbare Notwendigkeit, und sie verändern die Situation, und in diesem Fall zum Besseren. Wir wissen, was zu tun ist, um die fortschreitende Entwicklung Russlands zu gewährleisten, eine souveräne, unabhängige Entwicklung trotz allem äusseren Druck und aller Bedrohungen, mit einer zuverlässigen Garantie für die Sicherheit und die Interessen des Staates.

Ich möchte betonen, dass es bei unserer Arbeit nicht darum geht, sich an die aktuellen Bedingungen anzupassen. Das strategische Ziel besteht darin, unsere Wirtschaft zu neuen Ufern zu führen. Alles verändert sich jetzt, und zwar sehr, sehr schnell. Dies ist eine Zeit der Herausforderungen, aber auch der Chancen – heute ist es wirklich so, und unsere Zukunft hängt davon ab, wie wir sie umsetzen. Wir müssen – das möchte ich betonen – alle ressortübergreifenden Widersprüche, Formalitäten, Beleidigungen, Missverständnisse und sonstigen Unfug beseitigen. Alles ist für die Sache, alles ist für das Ergebnis – darauf sollte alles ausgerichtet sein.

Der erfolgreiche Start von russischen Unternehmen und kleinen Familienbetrieben ist bereits ein Sieg. Die Eröffnung moderner Fabriken und kilometerlanger neuer Strassen – und das ist ein Sieg. Eine neue Schule oder ein neuer Kindergarten – das ist ein Sieg. Wissenschaftliche Entdeckungen und Technologien – das ist natürlich auch ein Sieg. Was zählt, ist der Beitrag eines jeden zum Gesamterfolg.

Auf welche Bereiche sollten wir die partnerschaftliche Arbeit des Staates, der Regionen und der heimischen Wirtschaft konzentrieren?

Das Erste. Wir werden vielversprechende Aussenwirtschaftsbeziehungen ausbauen und neue Logistikkorridore schaffen. Wir haben bereits beschlossen, die Schnellstrasse Moskau-Kasan nach Jekaterinburg, Tscheljabinsk und Tjumen und in Zukunft nach Irkutsk und Wladiwostok mit Zugang zu Kasachstan, der Mongolei und China zu verlängern, was unsere Wirtschaftsbeziehungen zu den Märkten Südasiens erheblich erweitern wird.

Wir werden die Häfen am Schwarzen Meer und am Asowschen Meer ausbauen. Besondere Aufmerksamkeit werden wir dem internationalen Nord-Süd-Korridor widmen, wie diejenigen wissen, die täglich damit zu tun haben. Bereits in diesem Jahr werden Schiffe mit einem Tiefgang von mindestens 4,5 m den Wolga-Kaspischen-Kanal passieren können. Dies wird neue Wege für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indien, Iran, Pakistan und den Ländern des Nahen Ostens eröffnen. Wir werden diesen Korridor weiter ausbauen.

Zu unseren Plänen gehören die beschleunigte Modernisierung der östlichen Eisenbahnstrecken, der Transsibirischen Eisenbahn und der Baikal-Amur-Eisenbahn, sowie die Erweiterung der Kapazität des Nördlichen Seewegs. Dabei handelt es sich nicht nur um zusätzliche Güterströme, sondern auch um die Grundlage für die Lösung der nationalen Aufgaben zur Entwicklung Sibiriens, der Arktis und des Fernen Ostens.

Die regionale Infrastruktur, einschliesslich der Kommunikations-, Telekommunikations- und Strassennetze, wird einen erheblichen Aufschwung erfahren. Bis zum nächsten Jahr, 2024, werden mindestens 85% der Strassen in den grössten Ballungsräumen des Landes sowie mehr als die Hälfte der regionalen und interkommunalen Strassen in einen Standardzustand gebracht. Ich bin zuversichtlich, dass wir das schaffen werden.

Wir werden auch das Programm der kostenlosen Gasversorgung fortsetzen. Es wurde bereits beschlossen, es auf soziale Einrichtungen auszuweiten: Kindergärten und Schulen, Kliniken, Krankenhäuser, medizinische und geburtshilfliche Einrichtungen. Und für die Bürgerinnen und Bürger wird ein solches Programm nun dauerhaft gelten: Sie können jederzeit einen Anschluss an das Gasversorgungsnetz beantragen.

Ab diesem Jahr wird ein umfangreiches Programm für den Bau und die Instandsetzung der Wohnungs- und Versorgungssysteme beginnen. In den nächsten zehn Jahren sollen mindestens 4,5 Billionen RUB in diesen Bereich investiert werden. Wir wissen, wie wichtig dies für die Bürger ist und wie vernachlässigt dieser Bereich ist – wir müssen daran arbeiten, und das werden wir auch tun. Es ist wichtig, dass das Programm gut anläuft, deshalb bitte ich die Regierung, für eine stabile Finanzierung zu sorgen.

Zweitens. Wir müssen die technologischen Fähigkeiten der russischen Wirtschaft deutlich ausbauen und das Wachstum der heimischen Industrie sicherstellen.

Wir haben ein Programm für Industriebankkredite aufgelegt, und von nun an werden zinsgünstige Darlehen nicht nur für den Erwerb von Produktionsanlagen, sondern auch für deren Bau oder Modernisierung zur Verfügung stehen. Die Höhe eines solchen Kredits wurde mehrfach diskutiert, und wir wollten ihn erhöhen, einen anständigen Betrag, als ersten Schritt – sehr gut: Die Höhe eines solchen Kredits beträgt bis zu 500 Millionen Rubel. Es wird zu einem Zinssatz von 3 oder 5% für einen Zeitraum von bis zu sieben Jahren gewährt. Ich denke, das ist ein sehr gutes Programm, und man sollte es nutzen.

Seit diesem Jahr ist auch eine neue Regelung für Industriecluster in Kraft, bei der die steuerliche und administrative Belastung der ansässigen Unternehmen verringert wurde und die Nachfrage nach ihren innovativen Produkten, die gerade erst auf den Markt kommen, durch langfristige Aufträge und Subventionen der Regierung unterstützt wird.

Es wird geschätzt, dass diese Massnahmen bis zum Jahr 2030 die Umsetzung von nachgefragten Projekten in Höhe von mehr als zehn Billionen Rubel sicherstellen sollen, wobei bereits in diesem Jahr Investitionen in Höhe von rund zwei Billionen Rubel erwartet werden. Ich möchte darauf hinweisen, dass es sich hierbei nicht nur um Prognosen handelt, sondern um klar festgelegte Richtwerte.

Deshalb fordere ich die Regierung auf, den Start dieser Projekte so weit wie möglich zu beschleunigen, der Wirtschaft unter die Arme zu greifen und systemische Unterstützungsmassnahmen, einschliesslich steuerlicher Anreize, anzubieten. Ich weiss, dass der Finanzblock nicht gerne Vergünstigungen gewährt, und ich

teile diesen Standpunkt teilweise: Das Steuersystem sollte ganzheitlich sein, ohne Nischen und Ausnahmen – aber in diesem Fall ist ein kreativer Ansatz gefragt.

Zum Beispiel können russische Unternehmen ab diesem Jahr ihre Gewinnsteuerzahlungen reduzieren, wenn sie fortschrittliche inländische IT-Lösungen und Produkte kaufen, die künstliche Intelligenz nutzen. Und diese Ausgaben werden mit einem höheren Satz berücksichtigt, nämlich dem Eineinhalbfachen der tatsächlichen Kosten. Mit anderen Worten: Für jeden Rubel, den ein Unternehmen in den Kauf der genannten Produkte investiert, gibt es eine Steuerbegünstigung von eineinhalb Rubeln.

Ich schlage vor, eine solche Steuervergünstigung auf den Kauf russischer High-Tech-Ausrüstung im Allgemeinen auszudehnen. Ich möchte die Regierung bitten, Vorschläge für die Liste solcher Geräte nach Branchen, in denen sie verwendet werden, und für das Verfahren zur Gewährung der Steuerbefreiung zu machen. Dies ist eine gute Lösung, die die Wirtschaft wieder ankurbeln wird.

Drittens. Das wichtigste Thema auf der Agenda für die Entwicklung des Wirtschaftswachstums sind neue Quellen der Investitionsfinanzierung, und auch darüber haben wir viel gesprochen.

Dank einer starken Zahlungsbilanz muss Russland keine Kredite im Ausland aufnehmen, um Geld zu betteln und dann lange darüber zu diskutieren, was, wie viel und zu welchen Bedingungen zurückgezahlt werden soll. Die inländischen Banken arbeiten stabil und nachhaltig und verfügen über eine solide Sicherheitsmarge.

Im Jahr 2022 wuchs das Volumen der Bankkredite an den Unternehmenssektor, sehen Sie, es wuchs. Es gab viele Befürchtungen, aber das Wachstum wurde verzeichnet, und es stieg um 14%, das ist mehr als 2021, ohne jegliche Militäroperation. Im Jahr 2021 lag das Wachstum bei 11,7%, jetzt sind es 14%. Auch der Hypothekenbestand hat um 20,4% zugenommen. Die Entwicklung ist im Gange.

Im vergangenen Jahr hat der gesamte Bankensektor einen Gewinn erzielt. Ja, er war nicht so gross wie in den Vorjahren, aber er war anständig: Ein Gewinn von 203 Milliarden RUB. Dies ist auch ein Indikator für die Nachhaltigkeit des russischen Finanzsektors.

Schätzungen zufolge wird die Inflation in Russland im zweiten Quartal dieses Jahres nahe am Zielwert von 4% liegen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass in einigen Ländern der Europäischen Union die Inflationsrate bereits bei 12, 17 oder 20% liegt, bei uns sind es vier oder fünf – die Zentralbank und das Finanzministerium klären das unter sich –, aber sie wird sich dem Ziel nähern. Angesichts der positiven Dynamik dieser und anderer makroökonomischer Parameter bilden sich objektive Bedingungen für einen Rückgang der langfristigen Kreditzinsen in der Wirtschaft, was bedeutet, dass Kredite für den realen Sektor leichter zugänglich werden sollten.

Langfristige Ersparnisse der Bürger sind weltweit eine wichtige Quelle für Investitionsmittel, und wir müssen auch ihren Zufluss in den Investitionsbereich anregen. Ich fordere die Regierung auf, die Einbringung von Gesetzesentwürfen in die Staatsduma zu beschleunigen, um ein entsprechendes staatliches Programm bereits im April dieses Jahres zu starten.

Es ist wichtig, zusätzliche Bedingungen für die Bürger zu schaffen, damit sie zu Hause, im Lande, investieren und Geld verdienen können. Gleichzeitig ist es notwendig, die Sicherheit der Investitionen der Bürger in die freiwillige Altersvorsorge zu gewährleisten. Es sollte derselbe Mechanismus wie beim Einlagensicherungssystem der Banken gelten. Ich möchte Sie daran erinnern, dass solche Einlagen bis zu einer Million und 400 Tausend Rubel staatlich versichert sind und ihre Rendite garantiert ist. Für das freiwillige Rentensparen schlage ich vor, den Betrag doppelt so hoch anzusetzen – bis zu 2 Millionen 800 Tausend Rubel. Wir müssen auch die Investitionen der Bürger in andere langfristige Anlageinstrumente schützen, auch gegen den möglichen Konkurs von Finanzvermittlern.

Gesonderte Lösungen sind erforderlich, um Kapital für schnell wachsende und High-Tech-Unternehmen zu gewinnen. Für sie wird es Unterstützung für Aktienangebote auf dem inländischen Aktienmarkt geben, einschliesslich steuerlicher Anreize sowohl für Unternehmen als auch für Käufer solcher Aktien.

Das wichtigste Element der wirtschaftlichen Souveränität ist die Freiheit des Unternehmertums. Ich wiederhole: Es ist die Privatwirtschaft, die inmitten der Versuche von aussen, Russland einzudämmen, bewiesen hat, dass sie es versteht, sich an das sich rasch verändernde Umfeld anzupassen und wirtschaftliches Wachstum in einem schwierigen Umfeld zu gewährleisten. Daher sollte jede unternehmerische Initiative, die dem Land zugutekommt, unterstützt werden.

In diesem Zusammenhang halte ich es für richtig, die Frage der Überarbeitung einiger strafrechtlicher Bestimmungen in Bezug auf das sogenannte wirtschaftliche Corpus Delicti erneut aufzugreifen. Natürlich muss der Staat kontrollieren, was in diesem Bereich vor sich geht, und wir können keine Freizügigkeit in diesem Bereich zulassen, aber wir müssen nicht zu weit gehen. Es ist notwendig, aktiver auf die von mir erwähnte Entkriminalisierung hinzuwirken. Ich vertraue darauf, dass die Regierung zusammen mit dem Parlament, den Strafverfolgungsbehörden und den Wirtschaftsverbänden konsequent und gründlich an dieser Arbeit arbeiten wird.

Gleichzeitig bitte ich die Regierung, in engem Kontakt mit dem Parlament zusätzliche Massnahmen vorzuschlagen, um den Prozess der Entkriminalisierung der Wirtschaft zu beschleunigen. Die Wirtschaft, vor

allem in den Schlüsselsektoren und -industrien, sollte unter russischer Rechtsprechung arbeiten – das ist das Grundprinzip.

Und in diesem Zusammenhang, liebe Kollegen, eine kleine philosophische Abschweifung. Was möchte ich gesondert sagen?

Wir erinnern uns an die Probleme und Ungleichgewichte der späten Sowjetwirtschaft. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, ihres Plansystems, im Chaos der 90er Jahre, begann das Land, eine Wirtschaft zu schaffen, die auf Marktbeziehungen und Privateigentum basiert – im Allgemeinen und zu Recht. Dabei dienten die westlichen Länder weitgehend als Vorbild – wie Sie wissen, hatten sie ein Dutzend Berater – und es schien zu genügen, ihre Modelle zu kopieren. Sie stritten miteinander, ich erinnere mich: Die Europäer stritten mit den Amerikanern darüber, wie man die russische Wirtschaft entwickeln sollte.

Und was geschah in der Folge? Unsere Volkswirtschaft orientierte sich weitgehend am Westen, vor allem als Rohstofflieferant. Natürlich gab es verschiedene Nuancen, aber im Grossen und Ganzen war es eine Rohstoffquelle. Die Gründe dafür liegen ebenfalls auf der Hand: Die neue, aufstrebende russische Wirtschaft war natürlich, wie alle Unternehmen in allen anderen Ländern, in erster Linie darauf ausgerichtet, Gewinne zu erzielen, und zwar schnelle und einfache Gewinne. Und womit wurden sie gemacht? Genau, dieser Verkauf von Ressourcen: Öl, Gas, Metalle, Holz.

Nur wenige Menschen dachten darüber nach, oder vielleicht gab es auch keine Möglichkeit, langfristig zu investieren, so dass andere, komplexere Wirtschaftszweige schlecht entwickelt waren. Und um diesen negativen Trend zu brechen – das war allen Regierungen klar – brauchten wir Jahre, eine Anpassung des Steuersystems und umfangreiche öffentliche Investitionen.

Wir haben hier einen echten, sichtbaren Wandel erreicht. Ja, es gibt ein Ergebnis, aber, ich wiederhole, wir müssen die Situation berücksichtigen, in der sich unsere Wirtschaft, insbesondere das Grossunternehmen, entwickelt hat. Die Technologien sind im Westen, die billigeren Finanzquellen und lukrativen Märkte sind im Westen, und natürlich begann auch das Kapital dorthin zu fliessen. Doch anstatt die Produktion auszuweiten, Ausrüstung und Technologie zu kaufen und hier in Russland neue Arbeitsplätze zu schaffen, gaben sie (reiche Russen) es für ausländische Anwesen, Yachten und Elite-Immobilien aus.

Ja, dann begannen sie natürlich auch in die Entwicklung zu investieren, aber in der ersten Phase ging alles zu einem grossen Teil für diese Zwecke hin – für den Konsum. Und wo es Reichtum gibt, Reiche Menschen, da gibt es natürlich auch Kinder, ihre Ausbildung, ihr Leben, ihre Zukunft. Und es war sehr schwierig, fast unmöglich für den Staat, diese Entwicklung zu kontrollieren und zu verhindern – wir lebten in einem Paradigma des freien Marktes.

Die jüngsten Ereignisse haben überzeugend gezeigt: Das Bild des Westens als sicherer Hafen und Zufluchtsort für das Kapital hat sich als Phantom, als Fälschung erwiesen. Und diejenigen, die das nicht rechtzeitig erkannt haben, die Russland nur als Einkommensquelle sahen und planten, hauptsächlich im Ausland zu leben, haben viel verloren: Sie wurden dort einfach ausgeraubt, und sogar ihr rechtmässig verdientes Geld wurde ihnen abgenommen.

Ich habe einmal im Scherz – viele von Ihnen erinnern sich wahrscheinlich – zu russischen Geschäftsleuten gesagt: Sie werden es leid sein, Staub zu schlucken, den sie aufwirbeln, wenn sie durch die Gerichte und die Büros westlicher Beamter laufen und versuchen werden, ihr Geld zu retten. Und genau so ist es auch passiert.

Wissen Sie, ich möchte eine sehr wichtige – einfache, aber sehr wichtige – Sache hinzufügen: Keiner der einfachen Bürger des Landes, glauben Sie mir, hatte ein Mitleid mit denen, die ihr Geld in ausländischen Banken verloren haben, hatte kein Mitleid mit denen, die ihre Yachten, Paläste im Ausland und so weiter und so fort verloren haben, während die Gespräche in der Küche wahrscheinlich an die Privatisierung der 90er Jahre erinnerten, als die vom ganzen Land aufgebauten Unternehmen für so gut wie nichts verkauft wurden, und an den ostentativen, demonstrativen Luxus der sogenannten neuen Eliten gegangen sind.

Was ist noch entscheidend? In all den Jahren seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat der Westen seine Versuche nicht aufgegeben, die postsowjetischen Staaten abzufackeln und, was noch wichtiger ist, Russland als dem grössten überlebenden Teil unserer historischen Staatlichkeit endgültig den Garaus zu machen. Er ermutigte und hetzte internationale Terroristen auf uns, provozierte regionale Konflikte entlang unserer Grenzen, ignorierte unsere Interessen und setzte auf wirtschaftliche Abschreckung und Unterdrückung.

Und die russischen Grosskonzerne – warum ich das alles sage – sind verantwortlich für das Funktionieren strategischer Unternehmen, für Tausende von Arbeitskollektiven und bestimmen die soziale und wirtschaftliche Situation in vielen Regionen. Das heisst: Wenn die Manager und Eigentümer solcher Unternehmen in Abhängigkeit von Regierungen geraten, die eine russlandfeindliche Politik betreiben, ist das eine grosse Bedrohung für uns, eine Gefahr – eine Gefahr für unser Land. Eine solche Situation kann nicht toleriert werden.

Ja, jeder hat die Möglichkeit zu wählen: Einige werden ihre Tage verhaftet in einer Villa und mit gesperrten Konten verbringen wollen, andere werden versuchen, einen Platz in einer attraktiven westlichen Hauptstadt oder in einem Ferienort, an einem anderen warmen Ort im Ausland zu finden – das ist das Recht eines

jeden Menschen, wir greifen nicht einmal darin ein. Aber es ist an der Zeit zu begreifen, dass diese Menschen für den Westen zweitklassige Aussenseiter waren und bleiben, mit denen man alles machen kann, und Geld, Verbindungen und gekaufte Titel von Grafen, Peers und Bürgermeistern helfen da überhaupt nicht. Sie müssen begreifen: Sie sind dort zweitklassig.

Aber es gibt noch eine andere Möglichkeit: In ihrem Heimatland zu sein, für ihre Landsleute zu arbeiten, nicht nur um neue Unternehmen zu eröffnen, sondern auch um das Leben um sie herum zu verändern – in ihren Städten, in ihrem Dorf, in ihrem Land. Und wir haben viele solcher Unternehmer, solche echten Kämpfer in der Wirtschaft – sie sind die Zukunft der heimischen Wirtschaft. Jeder muss verstehen: Sowohl die Quellen des Wohlstands als auch die Zukunft können nur hier, in ihrer Heimat, in Russland liegen.

Und dann werden wir wirklich eine robuste, autarke Wirtschaft schaffen, die sich nicht von der Welt abschottet, sondern alle ihre Wettbewerbsvorteile nutzt. Russisches Kapital, das Geld, das hier erwirtschaftet wird, muss für das Land, für seine nationale Entwicklung arbeiten. Heute haben wir grosse Perspektiven in der Entwicklung der Infrastruktur, der verarbeitenden Industrie, des Inlandstourismus und in vieler anderer Sektoren.

Ich möchte, dass diejenigen, die mit den wölfischen Gewohnheiten des Westens konfrontiert waren, mir zuhören: Es ist sinnlos und vor allem nutzlos, mit ausgestreckten Händen zu versuchen, zu kriechen und um ihr Geld zu bitten, vor allem jetzt, da man genau weiss, mit wem man es zu tun hat. Es hat keinen Sinn, sich an die Vergangenheit zu klammern und zu versuchen, Geld einzuklagen. Sie müssen Ihr Leben und Ihre Arbeit neu aufbauen, zumal Sie starke Menschen sind – ich spreche von Vertretern unseres Unternehmens, ich kenne viele von ihnen persönlich und seit vielen Jahren –, die durch eine schwierige Lebensschule gegangen sind.

Starten Sie neue Projekte, verdienen Sie Geld, investieren Sie in Russland, investieren Sie in Unternehmen und Arbeitsplätze, helfen Sie Schulen und Universitäten, Wissenschaft und Gesundheitswesen, Kultur und Sport. Auf diese Weise werden Sie Ihr Kapital vermehren und sich die Anerkennung und Dankbarkeit der Menschen für eine kommende Generation verdienen, und der Staat und die Gesellschaft werden Sie mit Sicherheit unterstützen.

Lassen Sie uns dies als Richtschnur für unser Handeln nehmen: In der richtigen Richtung zu arbeiten.

Liebe Kollegen!

Russland ist ein offenes Land, und eine ursprüngliche Zivilisation noch dazu. Diese Aussage soll nicht den Anschein von Exklusivität und Überlegenheit erwecken, aber diese Zivilisation ist unsere – das ist die Hauptsache. Sie ist uns von unseren Vorfahren überliefert worden, und wir werden sie für unsere Nachkommen bewahren und sie weitergeben.

Wir werden die Zusammenarbeit mit Freunden entwickeln, mit allen, die bereit sind, zusammenzuarbeiten, wir werden das Beste daraus übernehmen, aber vor allem werden wir uns auf unser eigenes Potenzial verlassen, auf die schöpferische Kraft der russischen Gesellschaft, auf unsere eigenen Traditionen und Werte. Und hier möchte ich über den Charakter unseres Volkes sprechen: Es hat sich immer durch seine Grosszügigkeit, seine seelische Grosszügigkeit, seine Barmherzigkeit und sein Mitgefühl ausgezeichnet, und Russland als Land spiegelt diese Eigenschaften in vollem Umfang in sich selbst wider. Wir verstehen es, Freunde zu sein, unser Wort zu halten, niemanden im Stich zu lassen, ihm in einer schwierigen Situation beizustehen und nie zu zögern, denen zu helfen, die in Not sind.

Jeder erinnert sich daran, wie wir während der Pandemie die ersten waren, die einigen europäischen Ländern, darunter Italien und anderen Ländern, in den schwierigsten Wochen des Ausbruchs der Coronavirus geholfen haben. Vergessen wir auch nicht, wie wir nach dem Erdbeben in Syrien und in der Türkei zu Hilfe kamen.

Die Menschen in Russland sind das Fundament der Souveränität des Landes, die Quelle der Macht. Die Rechte und Freiheiten unserer Bürger sind unantastbar, sie sind durch die Verfassung garantiert, und trotz äusserer Herausforderungen und Bedrohungen werden wir nicht davon abrücken.

In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass die Kommunal- und Regionalwahlen im September dieses Jahres und die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2024 unter strikter Einhaltung der Gesetze und aller demokratischen und verfassungsmässigen Verfahren stattfinden werden.

Wahlen bedeuten immer unterschiedliche Ansätze zur Lösung sozialer und wirtschaftlicher Probleme. Gleichzeitig sind die führenden politischen Kräfte in der Hauptsache gefestigt und geeint, und die Hauptsache ist für uns alle die Sicherheit und das Wohl unseres Volkes, die Souveränität und die nationalen Interessen.

Ich möchte Ihnen für diese verantwortungsvolle und entschlossene Haltung danken und Sie an die Worte des Patrioten und Staatsmannes Pjotr Arkadjewitsch Stolypin erinnern, die vor mehr als hundert Jahren in der Staatsduma gesprochen wurden, die aber sehr gut in unsere Zeit passen. Er sagte: «Bei der Verteidigung Russlands müssen wir uns alle zusammentun, unsere Anstrengungen, unsere Pflichten und unsere Rechte koordinieren, um ein historisch übergeordnetes Recht zu wahren – das Recht Russlands, stark zu sein.»

Zu den Freiwilligen, die jetzt an vorderster Front stehen, gehören Mitglieder der Staatsduma und der Regionalparlamente, Vertreter der Exekutivbehörden auf verschiedenen Ebenen, Gemeinden, Städte, Kreise und ländliche Siedlungen. Alle parlamentarischen Parteien und führenden öffentlichen Verbände beteiligen sich an den Sammelaktionen humanitärer Hilfsgüter und helfen an der Front.

Nochmals vielen Dank für diese patriotische Haltung.

Die lokale Selbstverwaltung – die Ebene der öffentlichen Gewalt, die den Menschen am nächsten ist – spielt eine enorme Rolle bei der Stärkung der Zivilgesellschaft und bei der Lösung von Alltagsproblemen. Das Vertrauen in den Staat als Ganzes, das soziale Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und ihr Vertrauen in die erfolgreiche Entwicklung des ganzen Landes hängen weitgehend von ihrer Arbeit ab.

Ich fordere die Präsidialverwaltung auf, gemeinsam mit der Regierung Vorschläge zur Schaffung von Instrumenten zur direkten Unterstützung der besten Managementteams und -praktiken in grossen, mittleren und kleinen Gemeinden zu unterbreiten.

Die freie Entfaltung der Gesellschaft bedeutet die Bereitschaft, Verantwortung für sich selbst, für seine Angehörigen und für sein Land zu übernehmen. Diese Qualitäten beginnen in der Kindheit, in der Familie. Natürlich sind das Bildungssystem und die nationale Kultur äusserst wichtig für die Festigung unserer gemeinsamen Werte und unserer nationalen Identität.

Mit den Mitteln des Präsidentenfonds, des Fonds für Kulturinitiativen, des Internet-Entwicklungsinstituts und anderen Instrumenten wird die Regierung alle Formen der kreativen Erkundung unterstützen – moderne und traditionelle Kunst, Realismus und Avantgarde, Klassiker und Innovation. Es geht nicht um Genres und Trends. Die Kultur hat die Aufgabe, dem Guten, der Schönheit und der Harmonie zu dienen, über die manchmal sehr komplizierten und kontroversen Fragen des Lebens nachzudenken und – was am wichtigsten ist – die Gesellschaft nicht zu zerstören, sondern die besten menschlichen Eigenschaften zu wecken.

Die Entwicklung des kulturellen Bereichs wird eine der Prioritäten für die Wiederbelebung des friedlichen Lebens im Donbass und in Noworossien sein. Hier müssen Hunderte von Kultureinrichtungen restauriert, repariert und ausgestattet werden, darunter auch Museumssammlungen und Gebäude, die es den Menschen ermöglichen, die Verbundenheit von Vergangenheit und Gegenwart zu spüren, diese mit der Zukunft zu verbinden und sich als Teil eines einzigen Kultur-, Geschichts- und Bildungsraums des jahrhundertealten, grossen Russlands zu fühlen.

Wir müssen die Qualität der schulischen und universitären Ausbildung ernsthaft verbessern, vor allem in den Geisteswissenschaften – Geschichte, Sozialwissenschaften, Literatur, Geographie –, damit die jungen Menschen unter Mitwirkung von Pädagogen, Wissenschaftlern und Fachleuten so viel wie möglich über Russland, seine grosse Vergangenheit, über unsere Kultur und Traditionen lernen können.

Wir haben eine sehr kluge und begabte junge Generation, die bereit ist, sich in Wissenschaft, Kultur, Sozialwesen, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung für das Wohl des Landes einzusetzen. Der Wettbewerb «Leaders of Russia» sowie der Wettbewerb «Renaissance Leaders», der jetzt in den neuen Gliedstaaten der Föderation stattfindet, eröffnet diesen Menschen neue Horizonte für ihre berufliche Entwicklung.

Ich möchte darauf hinweisen, dass eine Reihe von Preisträgern und Finalisten dieser Projekte als Freiwillige an Kampfeinheiten teilgenommen haben, und viele von ihnen arbeiten jetzt in den befreiten Gebieten und helfen beim Aufbau des wirtschaftlichen und sozialen Lebens und handeln dabei professionell, entschlossen und mutig.

Im Allgemeinen gibt es keinen Ersatz für die Schule für Kampfeinsätze. Die Menschen, die von dort kommen, sind bereit, ihr Leben für das Vaterland zu geben, ganz gleich, wo sie arbeiten.

Ich möchte betonen, dass diejenigen, die im Donbass und in Noworossija geboren und aufgewachsen sind, die für sie gekämpft haben, die Hauptstütze sein werden und die Hauptstütze bei der allgemeinen Arbeit an der Entwicklung dieser Regionen sein sollten. Ich möchte mich an sie wenden und sagen: Russland zählt auf Sie.

Angesichts der grossen Herausforderungen, vor denen das Land steht, müssen wir unser Konzept für das Personalausbildungssystem und unsere Wissenschafts- und Technologiepolitik ernsthaft verbessern.

Auf der jüngsten Tagung des Rates für Wissenschaft und Bildung haben wir über die Notwendigkeit gesprochen, klare Prioritäten zu setzen und die Ressourcen auf die Erzielung konkreter, grundlegend wichtiger wissenschaftlicher Ergebnisse zu konzentrieren, und zwar in erster Linie in den Bereichen, in denen wir über gute Reserven verfügen und die für das Leben des Landes von entscheidender Bedeutung sind, wie Verkehr, Energie, Wohnungs- und Versorgungswesen, Medizin, Landwirtschaft und Industrie.

Neue Technologien beruhen fast immer auf der Grundlagenforschung, der einmal gemachten Grundlagenforschung, und in diesem Bereich, wie auch in der Kultur – das möchte ich betonen – müssen wir den Wissenschaftlern, den Forschern mehr Gestaltungsfreiheit geben. Wir sollten nicht jeden in das prokrustesartige Bett der Ergebnisse von morgen legen. Die fundamentale Wissenschaft hat ihre eigenen Gesetze.

Und ich möchte hinzufügen, dass das Stellen und Lösen ehrgeiziger Aufgaben ein starker Anreiz für junge Menschen ist, in die Wissenschaft zu gehen, eine Gelegenheit zu beweisen, dass man führend ist, dass man der Beste in der Welt ist. Und unsere wissenschaftlichen Teams können stolz auf sich sein.

Im vergangenen Dezember habe ich mich mit jungen Forschern getroffen. Eines der Themen, die sie ansprachen, war das Wohnen. Das ist zwar nur Prosa, aber wichtig. Wir haben bereits Wohnberechtigungsscheine für junge Wissenschaftler. Letztes Jahr wurde eine zusätzliche Milliarde Rubel für diesen Zweck bereitgestellt. Ich weise die Regierung an, Reserven für die Ausweitung dieses Programms zu finden.

In den letzten Jahren haben das Prestige und die Autorität der sekundären Berufsausbildung erheblich zugenommen. Die Nachfrage nach Absolventen von technischen Schulen und Hochschulen ist enorm. Sehen Sie, wenn unsere Arbeitslosenquote auf einen historischen Tiefstand von 3,7 Prozent gesunken ist, bedeutet das, dass die Menschen Arbeit haben und dass wir neues Personal brauchen.

Ich bin der Meinung, dass wir das Projekt «Professionalität» erheblich ausbauen müssen, bei dem es darum geht, Bildungs- und Produktionscluster zu schaffen, die Ausbildungsbasis zu aktualisieren, während Unternehmen und Arbeitgeber in engem Kontakt mit den Hochschulen und Fachschulen Bildungsprogramme entwickeln, die sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren. Und natürlich ist es sehr wichtig, dass Mentoren mit Erfahrung in der realen, komplexen Produktion in diesen Bereich kommen.

Das Ziel ist konkret: In den nächsten fünf Jahren müssen wir rund eine Million Fachkräfte für die Bereiche Elektronik, Robotik, Maschinenbau, Metallurgie, Pharmazeutik, Landwirtschaft und Verteidigungsindustriekomplex, Bauwesen, Verkehr, Nuklearindustrie und andere, für die Sicherheit, Souveränität und Wettbewerbsfähigkeit Russlands wichtige Branchen ausbilden.

Ein sehr wichtiges Thema ist schliesslich unser Hochschulsystem. Auch hier sind angesichts des neuen Bedarfs an Fachkräften in der Wirtschaft, in den sozialen Sektoren und in allen Bereichen unseres Lebens grundlegende Veränderungen erforderlich. Wir brauchen eine Synthese aus dem Besten des sowjetischen Bildungssystems und den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte.

In diesem Zusammenhang schlagen wir Folgendes vor.

Erstens – die Rückkehr zur traditionellen Grundausbildung von Fachkräften mit Hochschulbildung in unserem Land. Die Studiendauer könnte zwischen vier und sechs Jahren liegen. Selbst innerhalb eines Berufes und einer Universität könnte es Programme mit unterschiedlicher Ausbildungsdauer geben, je nach Beruf, Branche und Arbeitsmarktnachfrage.

Zweitens: Wenn ein Beruf eine zusätzliche Ausbildung oder Spezialisierung erfordert, kann der junge Mensch seine Ausbildung in einem Master- oder Residenzprogramm fortsetzen.

Drittens wird das Postgraduiertenstudium zu einer eigenen Ebene der Berufsausbildung, um Personal für wissenschaftliche und pädagogische Tätigkeiten auszubilden.

Ich möchte betonen, dass der Übergang zum neuen System reibungslos erfolgen muss. Die Regierung wird zusammen mit den Parlamentariern zahlreiche Gesetzesänderungen im Bereich der Bildung, des Arbeitsmarktes usw. vornehmen müssen. Alles muss durchdacht und bis ins letzte Detail ausgearbeitet werden. Unsere jungen Leute und unsere Bürger müssen neue Möglichkeiten für eine hochwertige Ausbildung, Beschäftigung und berufliche Entwicklung erhalten. Ich wiederhole: Chancen, nicht Probleme.

Und ich betone: Die Studenten, die jetzt studieren, werden ihre Ausbildung im Rahmen der bestehenden Programme fortsetzen können. Und das Ausbildungsniveau und die Abschlüsse derjenigen, die bereits die derzeitigen Bachelor-, Fach- oder Masterstudiengänge abgeschlossen haben, werden nicht geändert. Sie dürfen ihre Rechte nicht verlieren. Ich bitte die Allrussische Volksfront, alle Fragen im Zusammenhang mit den Veränderungen im Hochschulwesen unter ihre besondere Kontrolle zu stellen.

Dieses Jahr ist in Russland zum Jahr des Lehrers und Mentors erklärt worden. Ein Lehrer, ein Pädagoge ist unmittelbar am Aufbau der Zukunft des Landes beteiligt, und es ist wichtig, das öffentliche Profil des Lehrerberufs zu schärfen, damit die Eltern mit ihren Kindern mehr über die Dankbarkeit gegenüber dem Lehrer und die Lehrer mehr über Respekt und Liebe zu den Eltern sprechen. Daran sollten wir immer denken.

Ich werde mich gesondert auf die Unterstützung von Kindern und russischen Familien konzentrieren.

Ich möchte darauf hinweisen, dass in den letzten Jahren das sogenannte Kinderbudget, also der Betrag der Haushaltsausgaben für die Unterstützung von Familien in Russland, nicht um irgendeinen Prozentpunkt, sondern um ein Vielfaches gestiegen ist. Es ist der am schnellsten wachsende Teil des wichtigsten Finanzdokuments des Landes – des Haushalts, des Haushaltsgesetzes. Ich möchte den Parlamentariern und der Regierung für dieses einheitliche, konsolidierte Verständnis unserer nationalen Prioritäten danken.

Ab dem 1. Februar wurde das Mutterschaftsgeld in Russland, wie wir bereits sagten, wieder an die tatsächliche Inflationsrate des letzten Jahres, d.h. an 11,9%, angepasst. Russische Staatsbürger, die in den neuen Gliedregionen leben, haben nun ebenfalls Anspruch auf diese Unterstützungsmassnahme. Ich schlage vor, das Mutterschaftsgeld in den Volksrepubliken Donezk und Luhansk sowie in den Regionen Saporischschja und Cherson Familien zu gewähren, die seit 2007, also seit Einführung des Programms in ganz Russland, Kinder bekommen haben. Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir die gleiche Entscheidung zu gegebener Zeit auch für die Bewohner der Krim und Sewastopols getroffen haben.

Wir werden auch weiterhin gross angelegte Programme durchführen, um das Wohlergehen russischer Familien zu verbessern.

Ich möchte betonen, dass sich die Regierung und die Regionen der Föderation die konkrete Aufgabe gestellt haben, für ein sichtbares und spürbares Wachstum der Reallöhne in Russland zu sorgen.

Ein wichtiger Indikator, ein Bezugspunkt, ist dabei der Mindestlohn, wie wir wissen. Im vergangenen Jahr wurde er zweimal erhöht, insgesamt um fast 20%.

Wir werden den Mindestlohn auch weiterhin über die Inflationsrate und das Lohnwachstum hinaus erhöhen. Seit Anfang dieses Jahres ist der Mindestlohn um 6,3% indexiert worden.

Ich schlage vor, zum 1. Januar nächsten Jahres eine weitere Erhöhung um 10% zusätzlich zu der bereits geplanten vorzunehmen. Der Mindestlohn wird also um 18,5% auf 19,242 Rubel steigen.

Nun zur Feinabstimmung des Steuersystems im Interesse der russischen Familien: Seit letztem Jahr sind Familien mit zwei oder mehr Kindern von der Steuer auf den Verkauf von Wohnraum befreit, wenn sie sich für den Kauf einer neuen, grösseren Wohnung oder eines Hauses entscheiden.

Wir müssen solche Instrumente aktiver nutzen – sie haben sich als gefragt erwiesen –, damit Familien mehr Geld in ihrem Haushalt haben und ihre wichtigsten und dringendsten Probleme lösen können.

Ich schlage vor, die Höhe des Sozialsteuerabzugs zu erhöhen: Für die Ausbildungskosten der Kinder – von derzeit 50 Tausend auf 110 Tausend Rubel pro Jahr, sowie für ihre eigene Ausbildung, Behandlung und den Kauf von Medikamenten – von 120 auf 150 Tausend Rubel. Die Regierung wird den Bürgern 13% dieser erhöhten Beträge aus der von ihnen gezahlten Einkommensteuer zurückerstatten.

Und natürlich ist es nicht nur notwendig, die Höhe des Abzugs zu erhöhen, sondern auch seine Relevanz zu steigern, so dass der Abzug proaktiv, schnell und aus der Ferne gewährt wird, ohne die Bürger zu belasten.

Mehr noch: Das Wohlergehen und die Lebensqualität russischer Familien und damit die demografische Situation hängen unmittelbar von der Lage im sozialen Bereich ab.

Ich weiss, dass viele Föderationssubjekte bereit sind, die Renovierung der sozialen Infrastruktur, der Kultur- und Sporteinrichtungen, die Wiederansiedlung von Notunterkünften und die umfassende Entwicklung des ländlichen Raums erheblich zu beschleunigen. Dies wird sicherlich unterstützt werden.

Wir werden dabei folgenden Mechanismus nutzen: Die Regionen können die Mittel für nationale Projekte, die im föderalen Haushalt für 2024 reserviert sind, über zinslose Staatsanleihen erhalten und verwenden – im April nächsten Jahres werden sie automatisch zurückgezahlt. Das ist ein gutes Instrument.

Wir werden diese Frage ständig und zeitnah kontrollieren, und ich bitte die Wirtschafts- und Finanzkommission des Staatsrates, sich an dieser Arbeit zu beteiligen.

Gleichzeitig brauchen wir keinen Sturm und Drang nach Volumen, vor allem nicht zu Lasten der Qualität der gebauten Anlagen. Zusätzliche Finanzmittel müssen mit hoher Wirkung und Effizienz arbeiten.

Das ist besonders wichtig für die Modernisierung der medizinischen Grundversorgung, ein gross angelegtes Programm, das wir im Jahr 2021 gestartet haben. Ich fordere die Regierung und die regionalen Verantwortlichen auf, nicht zu vergessen, dass das Hauptkriterium – ich habe schon oft darüber gesprochen – nicht die Zahlen in Berichten sind, sondern konkrete, sichtbare, greifbare Veränderungen in der Verfügbarkeit und Qualität der medizinischen Versorgung.

Ich weise die Regierung auch an, den rechtlichen Rahmen für die Beschaffung von Krankenwagen mit Diagnoseausrüstung anzupassen. Sie ermöglichen es, medizinische Untersuchungen und Vorsorgeuntersuchungen direkt in Unternehmen, Schulen, Institutionen und in abgelegenen Gemeinden durchzuführen. Wir haben ein grosses Programm zur Renovierung von Schulen gestartet. Bis zum Ende dieses Jahres werden insgesamt fast dreieinhalbtausend Schulgebäude saniert sein. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Grossteil davon in den ländlichen Gebieten liegt, das haben wir absichtlich so gemacht. In diesem Jahr werden solche Arbeiten auch in den Volksrepubliken Donezk und Luhansk sowie in den Regionen Cherson und Saporoschje durchgeführt. Sie sind sinnvoll und sichtbar, die Menschen sehen wirklich, was passiert. Das ist sehr gut.

Ab 2025 werden den Regionen regelmässig und systematisch Bundesmittel für die Instandsetzung und Renovierung von Kindergärten, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen zugewiesen, um zu verhindern, dass sich die Gebäude in einem baufälligen Zustand befinden.

Ausserdem haben wir uns das ehrgeizige Ziel gesetzt, zwischen 2019 und 2024 mehr als 1300 neue Schulen zu bauen. 850 davon sind bereits eröffnet worden. Weitere 400 sollen noch in diesem Jahr in Betrieb genommen werden. Ich fordere die Regionen auf, an diesen Plänen festzuhalten, sie klar einzuhalten. Die Mittel für dieses Programm aus dem föderalen Haushalt belaufen sich zwischen 2019 und 2024 auf fast 490 Milliarden Rubel. Wir werden diese Ausgaben nicht kürzen, wir werden sie alle beibehalten.

In diesem Jahr haben wir den Betrag der Darlehen aus dem Infrastrukturhaushalt erhöht. Wir stellen zusätzliche 250 Milliarden Rubel – ich möchte betonen: Nicht wie früher geplant, sondern zusätzlich – für die Entwicklung des Verkehrs, der Versorgungseinrichtungen und anderer Infrastrukturen in den Regionen bereit.

Ich weise die Regierung an, zusätzlich 50 Milliarden Rubel zur Verfügung zu stellen, die in diesem Jahr für die Modernisierung des öffentlichen Verkehrs in den Regionen der Föderation unter Einsatz moderner Technik verwendet werden sollen. Gleichzeitig bitte ich Sie, den Kleinstädten und ländlichen Gebieten besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Wir haben bereits beschlossen, das Projekt «Saubere Luft», mit dem die Umweltsituation in den grossen Industriezentren verbessert werden soll, bis 2030 zu verlängern. Ich möchte die Industrieunternehmen sowie die regionalen und lokalen Behörden darauf aufmerksam machen, dass die Aufgabe, die Schadstoffemissionen erheblich zu reduzieren, weiterhin auf der Tagesordnung steht.

Ich möchte hinzufügen, dass wir bei der Reform der Abfallwirtschaft gute Fortschritte gemacht haben. Wir bauen unsere Recycling- und Sortierkapazitäten aus, um den Weg zu einer Kreislaufwirtschaft zu beschreiten. Vorrangig geht es darum, alte Deponien und gefährliche Altlasten weiter zu beseitigen. Ich bitte die Regierung, zusammen mit den Regionen eine Liste der Altlasten zu erstellen, die nach Abschluss des laufenden Programms beseitigt werden sollen.

Wir werden auch die Sanierung einzigartiger Gewässer wie des Baikalsees und der Wolga fortsetzen und diese Arbeiten mittelfristig auf unsere Flüsse wie Don, Kama, Irtysch, Ural, Terek, Wolchow und Newa sowie den Ilmensee ausweiten. Wir dürfen auch unsere mittleren und kleinen Flüsse nicht vergessen. Ich weise alle Regierungsebenen darauf hin.

Entsprechend den zuvor erteilten Anweisungen wurde auch ein Gesetzentwurf zur Entwicklung des Tourismus in Schutzgebieten ausgearbeitet. Wir haben ihn vor kurzem mit Kollegen aus der Regierung erörtert. Darin soll klar definiert werden, was und wo gebaut werden kann und was nicht, und allgemein die Grundsätze der Ökotourismusbranche. Das ist ein sehr wichtiges Thema für unser Land. Ich möchte die Staatsduma bitten, die Prüfung dieses Gesetzentwurfs zu beschleunigen.

Nun noch ein paar Worte zu dem, was um uns herum geschieht.

Liebe Kollegen, ich möchte mich auf ein weiteres Thema konzentrieren.

Anfang Februar dieses Jahres gab die Nordatlantische Allianz eine Erklärung ab, in der sie Russland aufforderte, den Vertrag über die Reduzierung strategischer Waffen wieder einzuhalten, wie sie es ausdrückten, einschliesslich der Zulassung von Inspektionen unserer nuklearen Verteidigungsanlagen. Aber ich weiss nicht einmal, wie ich das nennen soll. Es ist ein Theater des Absurden.

Wir wissen, dass der Westen direkt an den Versuchen des Kiewer Regimes beteiligt war, unsere strategischen Luftstützpunkte anzugreifen. Die zu diesem Zweck eingesetzten Drohnen wurden mit Hilfe von NATO-Spezialisten ausgerüstet und aufgerüstet. Und jetzt wollen sie auch noch unsere Verteidigungsanlagen inspizieren? Unter den aktuellen Bedingungen der heutigen Konfrontation klingt das wie blanker Unsinn.

Gleichzeitig – und darauf weise ich besonders hin – dürfen wir im Rahmen dieses Vertrages keine vollwertigen Inspektionen durchführen. Unsere wiederholten Ersuchen, bestimmte Einrichtungen zu inspizieren, bleiben unbeantwortet oder werden aus formalen Gründen abgelehnt, und wir sind nicht in der Lage, irgendetwas auf der anderen Seite richtig zu verifizieren.

Ich möchte betonen: Die Vereinigten Staaten und die NATO sagen ausdrücklich, dass es ihr Ziel ist, Russland eine strategische Niederlage zuzufügen. Und danach werden sie unsere Verteidigungsanlagen, auch die neuesten, umfahren, als ob nichts geschehen wäre? Vor einer Woche habe ich beispielsweise einen Erlass über die Inbetriebnahme neuer bodengestützter strategischer Komplexe für Kampfdienst unterzeichnet. Werden sie auch dort ihre Nasen hineinstecken? Und sie glauben, dass wir sie einfach so hereinlassen werden?

Mit ihrer gemeinsamen Erklärung hat die NATO in der Tat einen Antrag auf Beitritt zum Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen gestellt. Wir sind damit einverstanden. Ausserdem sind wir der Meinung, dass eine solche Formulierung der Frage schon lange überfällig ist, denn die NATO, ich erinnere Sie daran, hat mehr als eine Atommacht, die Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich haben ebenfalls Atomwaffenarsenale, die sie verbessern und ausbauen und die auch gegen uns gerichtet sind. Die jüngsten Erklärungen ihrer Machthaber bestätigen dies – hören Sie zu:

Wir können und dürfen dies einfach nicht ignorieren, vor allem nicht heute, so wie wir auch nicht die Tatsache ignorieren können, dass der erste Vertrag über die Verringerung strategischer Waffen von der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten 1991 in einer grundlegend anderen Situation geschlossen wurde: In einer Situation verringerter Spannungen und verstärkten gegenseitigen Vertrauens. Unsere Beziehungen erreichten in der Folge ein Niveau, bei dem Russland und die Vereinigten Staaten erklärten, dass sie sich nicht länger als Gegner betrachten. Grossartig, das war sehr gut.

Der 2010 in Kraft getretene Vertrag enthält entscheidende Bestimmungen über die Unteilbarkeit der Sicherheit, über die direkte Verknüpfung von strategischen Offensiv- und Defensivwaffen. All das ist längst vergessen, die USA haben sich aus dem ABM-Vertrag zurückgezogen, wie Sie wissen, das ist jetzt alles Vergangenheit. Unsere Beziehungen haben sich, was sehr wichtig ist, verschlechtert, und das ist allein das «Verdienst» der Vereinigten Staaten.

Sie waren es, die sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion daran machten, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren und eine Welt nach amerikanischem Vorbild zu errichten, in der es nur einen Herrn, einen Gebieter gibt. Zu diesem Zweck begannen sie, alle Grundlagen der Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg zu zerstören, um das Vermächtnis von Jalta und Potsdam zu negieren. Schritt für Schritt begannen sie, die bestehende Weltordnung zu revidieren, demontierten die Sicherheits- und Rüstungskontrollsysteme und planten und führten eine ganze Reihe von Kriegen in der ganzen Welt.

Und das alles, ich wiederhole es, mit einem Ziel vor Augen: Die Architektur der internationalen Beziehungen zu zerstören, die seit dem Zweiten Weltkrieg geschaffen worden war. Das ist keine leere Phrase – so sieht es in der Praxis, im Leben aus: Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wollen sie ihre globale Dominanz für immer festschreiben, ohne die Interessen des modernen Russlands und auch die Interessen anderer Länder zu berücksichtigen.

Natürlich hat sich die Situation in der Welt nach 1945 verändert. Neue Entwicklungs- und Einflusszentren haben sich gebildet und entwickeln sich rasch. Das ist ein natürlicher, objektiver Prozess, der nicht ignoriert werden kann. Aber es ist inakzeptabel, dass die Vereinigten Staaten begonnen haben, die Weltordnung nur für sich selbst und ausschliesslich in ihrem eigenen, egoistischen Interesse umzugestalten.

Jetzt senden sie über die NATO-Vertreter Signale aus und stellen faktisch ein Ultimatum: Ihr, Russland, erfüllt alles, was ihr vereinbart habt, einschliesslich des START(Strategic Arms Reduction Treaty)-Vertrags, bedingungslos, und wir selbst werden uns verhalten, wie es uns beliebt. Sie sagen, dass es keinen Zusammenhang zwischen der START-Frage und beispielsweise dem Konflikt in der Ukraine und anderen feindlichen Handlungen des Westens gegen unser Land gibt, und es gibt keine durchschlagenden Erklärungen, dass sie uns eine strategische Niederlage zufügen wollen. Das ist entweder der Gipfel der Heuchelei und des Zynismus oder der Gipfel der Dummheit, aber man kann sie nicht als Idioten bezeichnen – sie sind schliesslich nicht dumm. Sie wollen uns strategisch besiegen und dringen in unsere Atomanlagen ein.

Daher sehe ich mich gezwungen, heute zu verkünden, dass Russland seine Teilnahme am Vertrag über strategische Waffen aussetzen wird. Ich wiederhole, es zieht sich nicht aus dem Vertrag zurück, nein, es setzt seine Teilnahme aus. Doch bevor wir uns erneut mit dieser Frage befassen, müssen wir selbst verstehen, was die Länder des Nordatlantikkbündnisses wie Frankreich und das Vereinigte Königreich behaupten und wie wir ihre strategischen Arsenale, d.h. die Gesamtschlagkapazität des Bündnisses, berücksichtigen werden.

Sie haben jetzt mit ihrer Erklärung im Wesentlichen ein Angebot zur Teilnahme an diesem Prozess gemacht. Gott sei Dank, machen Sie weiter, wir haben nichts dagegen. Es gibt keinen Grund, erneut zu versuchen, alle zu belügen und so zu tun, als seien sie Verfechter des Friedens und der Entspannung. Wir kennen alle Grundlagen dafür: Wir wissen, dass den Vereinigten Staaten die Garantie für den militärischen Einsatz einiger Typen ihrer Atomsprengköpfe ausgeht. In diesem Zusammenhang denken einige Leute in Washington, die wir sehr gut kennen, bereits über die Möglichkeit von realen Tests ihrer Atomwaffen nach, einschliesslich der Tatsache, dass die Vereinigten Staaten neue Typen von Atomsprengköpfen entwickeln. Es gibt solche Informationen.

In dieser Situation müssen das russische Verteidigungsministerium und Rosatom die Bereitschaft zum Test russischer Atomwaffen sicherstellen. Natürlich werden wir nicht die ersten sein, die dies tun, aber wenn die USA sie testen, werden wir es auch tun. Niemand sollte sich der gefährlichen Illusion hingeben, dass die globale strategische Parität zerstört werden könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe russische Bürgerinnen und Bürger!

Wir gehen heute gemeinsam einen schwierigen, beschwerlichen Weg, und wir überwinden auch gemeinsam alle Schwierigkeiten. Es könnte gar nicht anders sein, denn wir sind nach dem Vorbild unserer grossen Vorfahren erzogen worden, und es ist unsere Pflicht, ihrem Erbe, das von Generation zu Generation weitergegeben wurde, gerecht zu werden. Wir gehen nur aufgrund unserer Hingabe an unser Heimatland, unseres Willens und unserer Einigkeit voran.

Diese Einheit hat sich buchstäblich von den ersten Tagen der besonderen Militäroperation an gezeigt: Hunderte von Freiwilligen, Vertreter aller Völker unseres Landes, kamen zu den Einberufungsbüros und beschlossen, sich an die Seite der Verteidiger des Donbass zu stellen und für ihr Heimatland, für das Vaterland, für Wahrheit und Gerechtigkeit zu kämpfen. Soldaten aus allen Regionen unserer multinationalen Heimat kämpfen Schulter an Schulter an der Front. Sie beten in verschiedenen Sprachen, aber alle für den Sieg, für ihre Mitstreiter und für das Vaterland.

Ihre harte Arbeit, ihre Heldentaten sind in ganz Russland zu hören. Die Menschen unterstützen unsere Kämpfer, sie wollen und können nicht wegbleiben. Die Front geht jetzt durch die Herzen von Millionen unserer Menschen, die medizinische Hilfsgüter, Kommunikationsmittel, Transportmittel, warme Kleidung, Tarnnetze usw., was die an die Front schicken – alles, was dazu beiträgt, unsere Jungs am Leben zu erhalten. Ich weiss, wie sehr Briefe von Kindern und Schulkindern die Soldaten an der Front wärmen. Für sie sind sie das Wichtigste im Kampf, denn die Aufrichtigkeit und Reinheit der Wünsche der Kinder rühren sie zu Tränen, sie machen den Soldaten klar, wofür sie kämpfen und wen sie schützen.

Die Fürsorge, mit der die Freiwilligen die Kämpfer und ihre Familien, die Zivilisten, umgeben, ist ihnen sehr wichtig. Von Beginn des Sondereinsatzes an handeln sie mutig und entschlossen: Unter Feuer und Beschuss holen sie Kinder, alte Menschen, alle, die in Not sind, aus den Kellern, bringen Lebensmittel, Wasser, Kleidung in die Krisengebiete, richten humanitäre Hilfszentren für Flüchtlinge ein, helfen in Feldlazaretten und an der Frontlinie, riskieren sich selbst, retten und retten weiter.

Allein die Volksfront hat im Rahmen der Initiative «Alles für den Sieg!» mehr als fünf Milliarden Rubel gesammelt. Dieser Spendenfluss ist ungebrochen. Dabei ist der Beitrag aller gleich wichtig: Sowohl von grossen

Unternehmen als auch von Unternehmern – aber besonders rührend und inspirierend ist es, wenn Menschen mit bescheidenem Einkommen einen Teil ihrer Ersparnisse, Gehälter und Renten überweisen. Diese Einigkeit, unseren Kriegern, der Zivilbevölkerung im Kriegsgebiet und den Flüchtlingen zu helfen, ist viel wert.

Vielen Dank für diese aufrichtige Unterstützung, Einigkeit und gegenseitige Hilfe. Man kann sie gar nicht hoch genug einschätzen.

Russland wird sich jeder Herausforderung stellen, denn wir sind alle ein Land, ein grosses und geeintes Volk. Wir haben Vertrauen in uns selbst, Vertrauen in unsere Stärken. Die Wahrheit ist mit uns.

Ich danke Ihnen.

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=SltOI2yVHqw>



Ein Artikel von Friedhelm Klinkhammer & Volker Bräutigam; 27. Februar 2023 um 12:58

Ein Kanzler ohne Glaubwürdigkeit. Ein Vizekanzenler ohne Sachverstand. Eine bildungsferne Aussenministerin ohne Kontrolle über ihr Mundwerk: Drei Repräsentanten einer grauenhaften Regierung, die den üblen Zustand unserer Republik zu verantworten hat und mit ihrem antirussischen Kriegsgeschrei Deutschlands Vernichtung riskiert. «Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand», behauptet der Volksmund. Auf derlei Kalendersprüche ist nur leider kein Verlass. Der Satiriker Uwe Steimle, pulvertrocken: «Man kann Kabinett nicht mehr von Kabarett unterscheiden.» Zu resignieren brauchen wir aber nicht; es wachsen Umfang und Kräfte der Basis demokratischer Gegenöffentlichkeit. Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam.

Bleiben wir protokollarisch korrekt. Nehmen wir uns die genannten «Volksvertreter» in deren Rangfolge zur Brust. Zuerst also Olaf Scholz, den Chef. Als er noch Finanzminister des Merkel-Kabinetts war, liess seine Rolle im Wirecard-Skandal im Bundestags-Untersuchungsausschuss die Frage aufkommen: «Kann ein Finanzminister Kanzler werden, der trotz seines riesigen Apparats, trotz Warnungen und Hinweisen, den grössten Bilanzskandal der Nachkriegsgeschichte übersehen hat?»

Er konnte, wir mussten es erleben. Als Befragter vor dem Untersuchungsausschuss der Hamburger Bürgerschaft zum Cum-Ex-Skandal berief sich Scholz auf Gedächtnislücken. Angeblich wusste er nicht einmal mehr, ob und was er mit dem Inhaber der Warburg-Bank über dessen 47-Millionen-Euro-Steuerschuld beraten hatte. Das kostete ihn «nur» den Verlust seiner Glaubwürdigkeit, seine Karriere beendete es nicht.

Kaum zum Kanzler gewählt, bewährte sich Scholz als Washingtons Spielball. Er kniff vor US-Präsident Biden den Schwanz ein, als «Sleepy Joe» ihm mit der Zerstörung der Nord-Stream-Pipeline drohte. Er unterstützte zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft die aggressive und kontraproduktive Sanktionspolitik der Amis und der EU gegen Russland, China und Iran. Er leitete eine gigantische zusätzliche Staatsverschuldung ein («Doppel-Wumms») und übernahm schliesslich sogar die Spitze bei den westeuropäischen Waffenlieferungen an die Ukraine. Es ist sein Werk, dass die Bundeswehr jetzt Ukrainer an deutschen Waffen ausbildet, und dass Deutschland damit Kriegspartei gegen Russland wurde.

Scholz wäre ein klassischer Grund für einen Regierungssturz, wenn, ja wenn ...

Wie der Herr, so's Gescherr

Kommen wir zu seinem Vize, Wirtschaftsminister Robert Habeck. Dass der für sein Amt kaum mehr Eignung und Fachwissen mitbrachte als ein Sack Rindenmulch (vom Bio-Sägewerk), hat sich unaufhaltsam herumgesprochen. Häufig wird Bezug auf einen seiner lächerlichen Fernseh-Auftritte genommen, in dem er wissen liess, dass eine erzwungene Betriebseinstellung keine Pleite sei. Seine folgenreichen Fehlleistungen bei der

Energieversorgung, seine absurd preistreibenden Gaseinkäufe und seine Unfähigkeit, vor autoritären arabischen Staatenlenkern den Rücken gerade zu halten, haben ihn diskreditiert. Neuerdings ist er voll dabei, ein Einfuhrverbot von russischem Öl durchzusetzen und die brandenburgische Raffinerie Schwedt sowie etliche Chemieunternehmen zu ruinieren, die darauf spezialisiert sind, die schwere Ölsorte «Urals» zu verarbeiten.

Habeck, das ist vorhersehbar, wird als unfähigster Wirtschaftsminister in die Geschichte eingehen. Vier Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts werden bis zum Ende dieses Jahres verloren gehen. Urteil der Deutschen Handelskammer: «Damit werden rund 160 Milliarden Euro weniger erwirtschaftet – umgerechnet etwa 2000 Euro pro Kopf.»

Die Kostenexplosion bei Gas und Strom verursacht Standortnachteile für die deutsche Exportwirtschaft. Habecks Russenhass trieb ihn dazu, die «Abhängigkeit von russischem Gas und Öl» gegen die wesentlich teurere Abhängigkeit von schlechterem US-Fracking-Gas und ungünstigerem Öl von den Börsen zu tauschen. Ökonomisch blanker Unfug, ökologisch kontraproduktiv und für die ärmeren Staaten weltweit Ursache einer katastrophalen Teuerungswelle.

Habecks vorerst letzte Schubkarre zum Scherbenhaufen: Der superteure Gaslieferungsvertrag mit Norwegen. Unsere Nachbarn im Norden können ihn auf Dauer nur erfüllen, wenn sie neue Öl- und Gasfelder erschliessen. Sie haben dazu bereits die Arktis ins Visier genommen. Ein fundamentaler Konflikt mit ihren eigenen Umweltschützern und mit dem russischen Anrainer ist vorprogrammiert. Norwegen kann sein Gas zum Spitzenpreis an Deutschland verkaufen, und unsere US-hörige Regierung muss es abnehmen; so zahlen wir den Norwegern die US-Belohnung für ihre mutmassliche Mithilfe bei der Sprengung der deutsch-russischen Pipelines. Nebenwirkung: Polen, der Stammkunde im norwegischen Gashandel, muss die Höchstpreise nun ebenfalls zahlen. Das verschärft den Zoff zwischen Warschau und Berlin.

Einen Habeck juckt das alles nicht. Wie viele seiner Kollegen (z.B. Lauterbach, Özdemir) phantasiert er sich geradezu zwanghaft die Welt zurecht. Für heuer prognostiziert er ein Wirtschaftswachstum von 0,2 Prozent. Und der Grossdeutsche Rundfunk aus Hamburg verbreitet das als eine unbestreitbare Tatsache.

Zur Vervollständigung des Habeck-Kurzporträts nur noch dies: Beamte des Wirtschaftsministeriums, die sich erlaubten, eigene, abweichende Meinungen zu äussern, liess der Chef vom Verfassungsschutz überprüfen. Man kann das getrost als Meinungsterror bezeichnen. Das Passstück zu dieser Niedertracht ist Habecks Absicht, sich von einem Leibfotografen begleiten zu lassen und 350'000 Euro Steuergeld zu verschwenden, damit der seinen Minister von der Schokoladenseite zeigt. Es sei wichtig, die «Bürgerinnen und Bürger transparent über seine Arbeit und Termine zu informieren,» hiess es aus dem Grünen Gespensterhaus.

Habeck wäre ein klassischer Grund für einen Regierungssturz, wenn, ja wenn ...

Annalena Sabbeltasche

Kommen wir zur Aussenministerin Annalena Baerbock. Inzwischen gibt es bereits Internet-Seiten, die den dummdreisten und fallweise gefährlichen verbalen Unfug dieser Fehlbesetzung sammeln und dokumentieren. Immerhin machte sie quasi-amtlich, dass wir Krieg gegen Russland führen («... we are at war against Russia»).

Die «... egal, was meine Wähler denken»-Grüne geniesst angeblich trotzdem grosse Beliebtheit (zu den Umfrage-Instituten kommen wir gleich). Wie schafft sie das, ungeachtet ihrer zahlreichen Attentate auf die menschliche Intelligenz? Etwa damit, dass sie sich auf Steuerzahlers Kosten für sagenhafte 136'500 Euro pro Jahr schminken und frisieren lässt? Kann masslos kostspieliges «Styling» tatsächlich Baerbocks intellektuellen Notstand kaschieren? So, wie das lose Mundwerk ihren erschütternden Bildungs- und Kenntnismangel überplätschert?

Kann «der Wähler» wirklich fortwährend ignorieren, dass Annalena Baerbocks «erst quatschen, dann denken» sie schon meilenweit über die Grenze zur Peinlichkeit hinausgetragen hat? Meinte sie doch tatsächlich, die Völker hätten schon zu Napoleons Zeiten über Panzer verfügt; es gebe Länder, die «hunderttausende Kilometer» entfernt von uns liegen; zwischen Deutschland und Nigeria laste «dunkle Kolonialgeschichte».

Dass Baerbock nicht nur an Bildungsarmut leidet, sondern es ihr auch an Wahrheitsliebe mangelt, trat bereits im Wahlkampf zutage. Dass sie sich gegenüber dem Kanzler illoyal verhält und gerne auch öffentlich gegen ihn stänkert, macht sie durchaus nicht respektabler.

Baerbock wäre ein klassischer Grund für einen Regierungssturz, wenn, ja wenn ...

Auftrag: Volksverdummung

Wenn, ja wenn der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine gesetzliche Informationspflicht erfüllte! Doch ARD-aktuell, ZDF-heute und Deutschlandradio «dokumentieren», «... dass ehemalige gut bürgerliche Nachrichtenorgane längst zu kriminellen Vereinigungen mutiert sind.»

Wenn der Tagesschau-Sprecher statt der gewohnten Agitprop ein Rezept für Grünkohl mit Pinkel verläse, wäre das schon ein Qualitätssprung – wegen des grösseren Realitätsbezugs dieser Ansage. Leider aber dürfen die journalistischen Olaf-Scholz- und Robert-Habeck-Versteher dem friedliebenden Mitmenschen tag-

täglich die Meinung verbiegen. Gegen selbständiges Denken hat sich deshalb schon eine Herdenimmunität entwickelt.

Dazu tragen die Demoskopie-Institute bei. Im Auftrag der Massenmedien ermitteln sie per (meist telefonischer) Umfrage die Urteile ihrer Zufallsoffer über Politik und Politiker, ohne Vorprüfung des Kenntnisstandes und der Kompetenz der Befragten. Aus dieser Flickensammlung stoppeln sie in jeweils eigener, pseudowissenschaftlicher Methodik «Meinungsbilder» zusammen. Welch dürftige Aussagekraft die haben, zeigt das ZDF-«Politbarometer» ganz schamfrei: «Bei der Beurteilung nach Sympathie und Leistung («Was halten Sie von?») steigt Neuzugang Boris Pistorius gleich auf Platz eins ein.»

Zum Zeitpunkt dieser Umfrage war der Mann gerade mal drei Wochen im Amt und hatte nur gezeigt, wie locker ein Sozi sich in die Riege der Kriegstreiber einfügt.

Das gleiche kleine Methodik-Karo weist auch der ARD-«Deutschland-Trend» auf: «Rund 33 Prozent waren mit der politischen Leistung der Bundesregierung um Kanzler Olaf Scholz jedoch (sehr) zufrieden.»

Aussen vor bleibt bei solchen demoskopischen Verfahren, dass sich ein sattes Viertel der Wahlberechtigten dem pseudodemokratischen Wahlzirkus verweigert. Der Anteil der Wähler der rot-gelb-grünen Regierungskoalition am gesamten Wählerpotenzial beträgt lediglich 39 Prozent.

Die im Reichstag etablierten Herrschaften verdanken ihre Sinekure dem deutschen Haltungsjournalismus, «... der nicht mehr faszinieren, aufdecken und anklagen will, sondern nachbetet, reproduziert und darstellt, was der Regierung gefällt.» Um ihre einflussreichen Posten und Diäten zu behalten, müssen sie natürlich «vieles mitmachen, wovor gut erzogene Mitmenschen zurückschrecken würden.» Den Bruch von Wahlversprechen inklusive.

Heute versprochen, morgen gebrochen

Laut ihrem Wahlprogramm 2021 wollten die Grünen Rüstungsexporte «an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete» verbieten. Sie waren dann die ersten, die schwere Waffen für die Ukraine forderten. Die SPD wollte sich vor der Wahl für «restriktive Rüstungsexportkontrolle» einsetzen. Ein halbes Jahr später drängten sie darauf, Panzer, Geschütze und Raketenysteme in die Ukraine zu schicken – zur Unterstützung des Neonazi-affinen und korrupten Selensky-Regimes.

Gegen den Bruch von Wahlversprechen gibt es mindestens bis zur nächsten Wahl keine Handhabe. Wenn wieder zu diesem längst kindisch anmutenden Ritual der Schaufensterauslage-Demokratie aufgerufen wird, ist der vorausgegangene, systemtypische Wähler-Betrug längst vergessen. Die Herrschenden tun und lassen was beliebt. Ihre anlassbezogene Abwahl ist rechtlich nicht vorgesehen.

Deutschlands politische Klasse umfasst Figuren, die unter obskuren Umständen in den Parteiapparaten hochgespült wurden. Ihr Werdegang setzt ein gerütteltes Mass an Schauspielerei, Anpasserei und Rücksichtslosigkeit voraus. Die Parteien sollen laut Grundgesetz lediglich «an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken», haben aber faktisch das Monopol auf die Vergabe von Kandidaturen für Direktmandate und Listenplätze. Noch nie ist es einem unbekannten Parteilosen (Non-Promi) gelungen, aus eigener Kraft einen Parlamentssitz zu ergattern.

Angesichts der systembedingt verengten Kandidatenauswahl verwundert es nicht, dass medial Allgegenwärtige wie Baerbock, Kühnert, Klingbeil, Göring-Eckardt, Lindner, Strack-Zimmermann, Röttgen und viele andere ohne besondere Leistungsnachweise an die Fleischtöpfe im Reichstag gelangen. Mit Aussicht auf Rente vom Allerfeinsten.

2021 waren 60,4 Millionen Deutsche wahlberechtigt. Die Bundestagsparteien haben zusammengezählt aber nur 1,2 Millionen Mitglieder. Grosszügig gerechnet sind das gerade mal 1,8 Prozent Anteil an der Wählerschaft. Doch diese winzige Minderheit genügt in der repräsentativen Demokratie, die Vormacht der Parteien zu zementieren. Entsprechend gering ist das Vertrauen in diese Apparate. Laut Umfragen bringen es nur 30 Prozent der Befragten auf. Denkt man an Skandalfiguren vom Schlage «Andi» Scheuer, Franziska Giffey, Ursula v.d. Leyen, Philipp Amthor, Jens Spahn oder Nancy Faeser, dann versteht man das Misstrauen. Dass der ins Parlament gehievt Politiker selbst nicht eben viel für Demokratie und Volkswillen übrighat, wies eine von der Regierung eingesetzte Expertengruppe nach. Sie hatte untersucht, inwieweit die Regierung (im Zeitraum 1998–2015) tatsächlich mit Beschlüssen und Gesetzen dem Willen der Bevölkerung nachkam. Ergebnis: «Was Bürger mit geringem Einkommen in besonders grosser Zahl wollen, hatte ... eine besonders niedrige Wahrscheinlichkeit, umgesetzt zu werden.»

Beispielsweise stimmten 70 Prozent der Armen der Idee zu, Vermögende stärker zum Abbau der öffentlichen Schulden heranzuziehen; nur 43 Prozent der Reichen waren einverstanden. Die Regierung orientierte sich an der ablehnenden Mehrheit der Reichen. Dem möglichst schnellen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan stimmten 75 Prozent der Armen zu, nur 43 Prozent der Reichen waren dafür (anno 2007). Die Regierung steigerte jedoch den Afghanistan-Einsatz. (S. 13 ff)

Das kommt davon, dass unsere bürgerliche Gesellschaft an die Verkümmern des unabhängigen, kritischen Journalismus gewöhnt und zum kritiklosen Konsum demokratieschädigender Propaganda verleitet wurde: Pro US-NATO-EU-Aggression, pro Selbstbestrafung per Sanktionspolitik, pro mordwillige Panzerlieferung aufs Ukraine-Schlachtfeld, aber kontra Friedenssuche und Verhandlungsbereitschaft. Das gewollte

und konzertierte Medienversagen ermöglichte den kollektiven Rückfall in die allerprimitivste Art, Andersdenkende zu betrachten; daher auch die Hasstiraden gegen unseren vorgeblichen Feind Russland, die wir gegenwärtig wieder von früh bis spät zu hören kriegen. Ein Goebbels oder eine Neuauflage des sozialen Elends vor 1933 waren zu diesem kulturellen Absturz nicht mehr notwendig.

Was tun?

Volksentscheide wären das wirksamste Mittel gegen die finale Erosion der Demokratie. Direkte Bürgerbeteiligung nach Schweizer Vorbild sei ein Schrecken für unser politisches Führungspersonal und ein Segen für alle aufrechten Demokraten; an wessen Widerstand sie bisher scheiterte, beschreibt Paul Schreyer in «Die Angst der Eliten – wer fürchtet die Demokratie?» höchst anschaulich und aufschlussreich.

Im Grundgesetz, Art. 20,(2) heisst es:

«Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.»

Dieser Vorgabe gemäss wurde ein Bündel von Gesetzen verabschiedet, mit Regeln für die Organisation und Durchführung von Wahlen. Eine Gesetzgebung für das Verfahren bei Abstimmungen – «Volksentscheiden» – aber fehlt bis heute, obwohl sie jederzeit möglich wäre. Mit ihr hätte unser Vasallenstaat zwar noch längst keine echte Verfassung und volle Souveränität. Doch ein erster demokratischer, freiheitlicher Fortschritt wäre getan.

Die im DDR-Sterbebett geborene Bürgerrechtsbewegung «Demokratie Jetzt» verkümmerte in der bundesdeutschen Realität. Aber ihr Idearium überlebte und organisierte sich neu: «Mehr Demokratie e.V.» und «Abstimmung24 e.V.» kämpfen für den Volksentscheid. «Gemeingut in Bürgerhand e.V.», «abgeordnetenwatch.de/bundestag», «Lobby Control» und andere verfolgen anteilige Ziele. Würden sie unter Verzicht auf eigenbrötlerische Geltungsbedürfnisse einen Dachverband bilden und fände sich der zur Zusammenarbeit mit einer ebenso wünschenswerten Kooperative der bewussten («alternativen») Medien zusammen, dann, ja dann ...

... dann hätten wir ihn in Reichweite, den Volksentscheid.

Ein Deutschland mit Elementen der direkten Demokratie liesse Träume wahr werden. Sie wurden schon einmal geträumt, 2013 war das, zu Zeiten der schwarz-roten «grossen» Koalition. Deren Kanzlerin Merkel machte die Pläne zunichte. Hätte sie ihnen stattgegeben, dann wäre Deutschland wahrscheinlich heute keine Kriegspartei. Es könnte sogar eine weltweit geachtete Vermittlerrolle übernehmen. Volksentscheide würden mutmasslich auch die ruinöse Sanktionspolitik beenden.

Und was ist jetzt mit dem Volksentscheid? Die rot-gelb-grüne Ampel hat ihre Abneigung dagegen unter einer dicken Schicht verbaler Sülze versteckt: «... neue Formen des Bürgerdialogs wie etwa Bürgerräte nutzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben ...»

Ein oberfaules Ablenkungsmanöver. Die Lordsiegelbewahrer unserer Fassadendemokratie lassen sich eben nicht vom gemeinen Volk in die Suppe spucken. Mal sehen, wie lange sie das noch durchhalten.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=94365>



Ein Artikel von: Tobias Riegel; 27. Februar 2023 um 9:11

Am Wochenende haben zahlreiche Menschen gegen die Kriegspolitik der Bundesregierung demonstriert. Bereits vor der Kundgebung schlug diesen Bürgern vonseiten zahlreicher grosser Medien viel Feindschaft entgegen – diese Tendenz ist ungebrochen. Hier stellen wir einige besonders fragwürdige journalistische Reaktionen auf die Kundgebung in Berlin vor. Ein Kommentar von Tobias Riegel.

Die Masse an unseriösen Berichten und Kommentaren zur Friedensdemo vom Samstag in Berlin ist überwältigend – hier kann nur eine subjektive Auswahl angesprochen werden.

In vielen Berichten wird versucht, die Teilnehmerzahl der Friedensdemo vom Samstag in Berlin kleinzuschreiben: Angeblich hätten sich nur 13'000 Bürger im Schneeregen vorm Brandenburger Tor versammelt. Nach Darstellung der Berliner Zeitung war es ein Vielfaches, nämlich fast 50'000 Teilnehmer. In dem Medium findet sich auch ein Kommentar von Alexander King, einem Mitinitiator der Kundgebung. Viele grosse Medien argumentieren aber mit der geringeren Teilnehmerzahl wie die *«Zeit»* unter dem Titel *«Scheinriesinnen»*.

Beim Versuch, die Demo im Vorfeld zu diskreditieren, war die *«Warnung»* vor rechtsextremen Teilnehmern ein zentrales Element. Darum ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass *«die Polizei nach Angaben eines Sprechers keine Kenntnisse von rechtsextremen Teilnehmern vor Ort»* hat, wie Medien berichten. Von vielen Medien wurde diese Feststellung aber ignoriert, um am selber konstruierten Bild der *«Querfront»* festhalten zu können.

Einen besonders infamen Beitrag hat Markus Decker für das sogenannte *«Redaktionsnetzwerk Deutschland»* (RND) verfasst – unter dem Titel *«Warum Sahra Wagenknecht eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland ist»* behauptet er zur Person Sahra Wagenknecht: *«Es wäre jedenfalls naiv zu glauben, es ginge der selbst ernannten Friedensfreundin um Frieden. Nein, Wagenknecht, die die Grenzen zwischen Diktatur und Demokratie nicht erst seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine systematisch verwischt, geht es nicht um Frieden. Es geht ihr um die Zerstörung der Demokratie. Wagenknecht ist ihre in Deutschland wohl einflussreichste Feindin.»*

Erschwerend kommt im Fall RND hinzu, dass diese Artikel teils von zahlreichen weiteren Medien übernommen und nachgedruckt werden.

Eine echte Falschbehauptung ist im Artikel *«Denn sie wissen, was sie tun»* bei T-Online zu finden. Dort behauptet der Autor Tobias Esser in einem auch an anderen Stellen höchst fragwürdigen Artikel einfach mal: *«Von dem postulierten Frieden war auf der Kundgebung allerdings wenig bis gar nichts zu spüren. Stattdessen dominierten russische Fahnen, Armeejacken mit russischen Hoheitszeichen und Rechtsextreme das Bild.»*

Bei der heutigen Presseschau des Deutschlandfunks ist die Feindschaft gegen die Friedensdemo in fast allen zitierten Artikeln dominant. Beispielsweise die *«Mitteldeutsche Zeitung»* ignoriert wie andere Medien den Befund der Polizei, die keine rechtsextreme Schlagseite feststellen konnte, und behauptet: *«Bei Sahra Wagenknechts «Friedenskundgebung» in Berlin standen sie Seit an Seit: friedensbewegte Linke, AfD-Politiker und rechtsextreme Putin-Propagandisten. Die Abgeordnete sieht die Protestaktion als Beginn einer neuen Friedensbewegung. Nichts daran ist neu. Schon 2014 ging eine «neue Friedensbewegung» auf die Strasse, die sich gegen einen Westkurs der Ukraine und die NATO stellte – und stattdessen an die Seite Putins. Neu war da nur der offene Schulterschluss linker Politiker und Bewegungen mit rechten Verschwörungsideologen und Rechtsextremen auf der Strasse.»*

Ein *«Spiegel-Gespräch, das nie erschien»* bezüglich der Friedensdemo hat *«Emma»* unter diesem Link veröffentlicht. Eine Sammlung an *«männlichem Hass auf weibliche Friedensbemühungen»* hat *«Makroskop»* anlässlich der Berichterstattung über Wagenknecht und Schwarzer in diesem Artikel zusammengestellt: *«Florian Harms schreibt in t-online über «Profilneurose», «Wolkenkuckucksheim», «wohlfeiler Populismus» und findet, das sei «kaum noch zu ertragen». Henryk M. Broder nennt in der Welt den Anstoss «Zynismus». Malte Lehming entrüstet sich im Tagesspiegel über «moralische Verkommenheit». In ähnlicher Weise sieht Carsten Fiedler im Kölner Stadtanzeiger das «Ende von Recht und Moral». Martin Knobbe diagnostiziert im Spiegel «Überheblichkeit» und Roland Nebbes findet ebenfalls im Spiegel, das Manifest lese sich «als wäre es vom Pressesprecher des Kremls persönlich verfasst worden». Gabor Steingart wittert im Focus in schönster Analogie zum Weltkrieg I den «Dolchstoß» und das auch noch «vom deutschen Sofa» aus. Reinhard Feser sieht in der FAZ nur eine «Propaganda-Hilfe für Putin». Bei Maischberger nennt ein Carlo Masala den Aufruf zu Friedensverhandlungen «Ausdruck eines übelsten Nationalpazifismus». Jan Feddersen bezeichnet in der taz die Initiatorinnen ebenfalls als «amoralisch» und findet, prominente Unterstützer wie die Theologin Margot Kässmann oder der Ungleichheitsforscher Christoph Butterwegge «hatten in puncto «noch ganz bei Trost» schon zuvor nicht mehr alles beisammen». Der Politikologe Herfried Münkler nutzt im Kölner Stadtanzeiger die ganze Klaviatur der Diffamierung: «gewissenlos», «verlogen», «Komplizenschaft mit dem Aggressor», «kenntnisloses Dahergehede».*

Die Diffamierung des wichtigen Vorstosses von Wagenknecht und Schwarzer im Vorfeld der Demo haben die NachDenkSeiten in vielen Artikeln beschrieben.

Dieser Artikel ist nur eine erste und subjektive Darstellung des Presseechos auf die Friedensdemo – unsere Leser haben sicher noch weitere Beispiele für diese Art der Berichterstattung entdeckt.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=94355>

(Anm.: Faxschreiben aus Deutschland bezüglich des vorangegangenen Artikels,
der offenbar weitem gelesen wurde.)

Herr Meier, ich bin A... G..., und ich habe einen Artikel gelesen in dem gegen Sahra Wagenknecht geflücht wird und wozu ich meine, dass solcherart missliche Leute dreckige Weiberfeinde und offenbar Kriegsbe- fürworter und zudem NEONAZIs sind, wie Ihr Freund Ptaah diese infamen Idioten sehr richtig nennt. Der Decker und Esser und Konsorten, die aufgeführt werden und die gegen die Wagenknecht fluchen und lügen, stecken offenbar mit den Besatzern unseres Landes, mit den Amerikanern, zusammen unter einer Decke, die nur die ganze Welt fressen und unter ihre Fittiche und Kontrolle bringen wollen. Alle sind sie nichts als schmähende Ärsche, Versager, Geistesgestörte und gehirnlose Blödmänner. Da muss man sich aber auch tatsächlich fragen, wieviel Intelligenz in den Köpfen von Zeitungsmachern ist, die einen solchen Schwachsinn und gemeine Lügen und Verleumdungen in ihren Käseblättern veröffentlichen. Und was die Wagenknecht mit ihrer Forderung in bezug auf den Stopp und all der Waffenlieferungen gesagt hat, wie auch, dass mit Waffen nicht Frieden erreicht, sondern noch länger Krieg geführt wird usw., damit hat sie vollkommen recht. NEONAZIs wollen aber nicht Frieden, sondern Krieg, wie es schon die NAZIs 1939 machten und bis 1945 machten und was offensichtlich die jetzige NAZIFÜHRUNG wieder anstrebt. Und wieder sind es NAZIs aus Deutschland, die alles anheizen und weitertreiben, um einen weiteren Krieg zu führen, und das zusammen mit anderen NAZIs anderer Staaten, weil die Deutsch-NEONAZIs, die heute am Ruder sind, verschiedene Staaten derart beeinflussten und weiter beeinflussen, dass diese nun auch Waffen in die Ukraine liefern, wodurch es aber nun schon ein Vielstaatenkrieg geworden ist, der noch zum richtigen Weltkrieg führen kann, und dies wieder durch die Schuld der NAZIs in Deutsch- land, die heute als NEONAZIs den Staat ins Elend führen.

Werter Herr A.G.,

zu ihrem Fax erlaube ich mir, dieses wortgetreu abzuschreiben und in einem Sonder-Zeitzeichen zu veröffentlichen, wobei ich zu Ihrem eigenen Schutz mir erlaube, Ihrem Namen und Ihre Anschrift nicht zu nennen.

Billy

Realitätsverfälschung im Krieg gegen Russland

26. Februar 2023, Peter A. Weber, Analyse, Geschichte, Medien, Meinung 22

Realitätsverfälschung im Krieg gegen Russland.

Die systematische Manipulation der Bürger mit den gängigsten Instrumentarien – sprich Folterwerkzeugen – der Propaganda, schreitet unaufhaltsam voran und ist in jedem Krieg unverzichtbar. Angepeiltes strategi- sches Ziel dieser demokratischen Übung ist Russland. Die Manipulation wird bestimmt durch die traditio- nell von autoritären und totalitären Regimen benutzte Strategie der Propaganda, bei der Lügen tausendmal wiederholt werden – bis sie letztendlich von den Lesern und Zuhörern geglaubt werden. Die modernen Demokratien haben sich dabei an die alten und bewährten Traditionen so sehr angenähert, dass sie in das gleiche Muster verfallen.

• Lügenhafte Argumentation

Die benutzten Argumente der Kriegspropaganda sind nicht auf Wahrheit, Information oder Realität begrün- det, sondern nur auf einer Verbreitung von Lügen, Ideologien oder Herrschaftsansprüchen. Es beginnt da- mit, dass ganz bewusst Unwahrheiten in die Welt gesetzt werden, mit der Absicht, dass selbst bei einer Widerlegung trotzdem immer etwas davon hängen bleibt. Es handelt sich dabei nicht nur um pure Lügen, sondern auch um Halbwahrheiten, Über- oder Untertreibungen und vor allem um Auslassungen, die immer beliebter werden.

• Theoretische Grundlagen

Wer etwas Wesentliches im Zusammenhang mit einer Erklärung wissentlich oder unbeabsichtigt unter- schlägt, der verfälscht die Wahrheit bzw. das Ergebnis einer Meinungsäußerung und Aussage. Gerade diese infame Vorgehensweise wird systematisch angewandt, um eigene Be- oder Verurteilungen zu rechtfertigen und um andere zu täuschen. Der grosse Vorteil ist es, dass man hinterher nicht der Lüge bezichtigt werden kann, weil Verschweigen kaum zu bestrafen ist.

Ein objektives wissenschaftliches Vorgehen qualifiziert sich dadurch, dass akribisch die Ursachen eines Phänomens ohne die Berücksichtigung eigener Vorurteile oder Abhängigkeiten analysiert werden. Wenn es um gesellschaftliche oder politischen Kontexte geht, dann ist es unerlässlich, die historischen Werdegänge und Beeinflussungen einfließen zu lassen, damit eine plausible und neutrale Erklärung des Istzustandes überhaupt möglich ist. Wer dies unterlässt und aus subjektiver Sicht, die Untersuchung des Gegenstandes dort beginnen lässt, womit seine bereits vorgefertigte Meinung am besten «bewiesen» werden kann, handelt unehrlich und verbreitet absichtlich Lügen. Um noch bei der theoretischen Betrachtungsweise zu bleiben:

Wenn man auf einer derartigen löchrigen und historisch ungerechtfertigten Annahme dann Entscheidungen fällt oder Forderungen stellt, dann können die Konsequenzen daraus niemals realistisch oder wahrhaftig sein.

• Politische Praxis

Kommen wir doch mal zu den aktuellen politischen Situationen. Bereits der Umgang der letzten drei Jahre mit Corona, den Restriktionen und der totalitären Spritzpflicht hat den Rahmen einer toleranten Demokratie gesprengt. Die meistens unangemessenen oder überzogenen Massnahmen im Hinblick auf Freiheitseinschränkungen und Eigenverantwortung waren das Ergebnis eines demagogischen und verantwortungslosen Umgangs. Aber auf was ich aktuell hinauswill, das ist infame Ausweitung dieser antidemokratischen und unmoralischen Prozedur auf die Beurteilung und Meinungsverbreitung zur Thematik Russland und Ukraine-Krieg. Die Lügengespinste ufern geradezu aus – ihnen werden keine Grenzen mehr gesetzt. Skrupel fallen wie Dominosteine, um die politisch und vom System her vorherrschenden Narrative zu bedienen und sämtlich kritischen Stimmen auszulöschen. Ehrlich gesagt, ich kann mir nicht vorstellen, dass die entsprechende Praxis in Russland rigider gelagert ist. Im vielgepriesenen Demokratieparadies Ukraine allerdings schon.



• Menschliches Versagen

Es ist zum Verzweifeln, dass selbst Menschen, die ich als intelligent und klug einschätze, auf diese Gehirnwäsche hereinfallen. Kann mir bitte mal jemand erklären, wie es funktionieren kann, dass man aufgrund von falschen Erkenntnissen, Informationen, Grundlagen und fehlender historischer Basis Verurteilungen aussprechen und Voraussagen treffen kann, ohne auf den Holzweg zu geraten? Denn aufgrund der unwiderlegbaren Logik können die auf falschen Voraussetzungen beruhenden Schlussfolgerungen und Konsequenzen nur in die Irre führen und jede Menge Unheil anrichten. Denn genau das ist das aktuelle Problem fast aller Politiker, der sog. Experten und den gleichgeschalteten Medien.

Es hat sich zu einer Manie oder Schizophrenie entwickelt, die Realität auszublenden und eingebildete Phantasien oder Wahnsinn zur Normalität zu erklären und diejenigen für verrückt zu erklären, die noch klar bei Verstand sind. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Erich Fromms Buch «Pathologie der Normalität» von 1991, in dem er ausdrücken wollte, dass jene als verrückt gelten, die den Verlust der menschlichen Werte nicht mehr ertragen, während denen Normalität bescheinigt wird, die sich von ihren menschlichen Wurzeln getrennt haben. An andere Stelle hat er einmal geäußert, dass die Verrückten die wirklich Normalen sind.

• Beispiele mit dem verfälschenden Umgang mit der ukrainischen Realität

Beispiele aus der Thematik Russland und Ukrainekrieg für unlautere Strategien, die zur Rechtfertigung von ungerechtfertigten Verurteilungen führen: Aufbau eines Feindbildes Russland, und Anschwärzen von Putin als leibhaftige Instrumentierung alter Vorurteile aus dem Kalten Krieg, die mit Kommunismus und Reagans «Reich des Bösen» zusammenhängen. Damit hängt auch das Auspacken der rassistischen antislawischen Vorbehalte und generelle Barbarisierung von Russen und der russischen Kultur zusammen. Es gilt dabei auch die Ausblendung aller historischen Grundlagen und Anhaltspunkt, die den eigenen Vorurteilen entgegenlaufen, so auch eigene Fehler, Verbrechen, Verantwortung und Schuld, die geleugnet werden und dreist Russland in die Schuhe geschoben werden, wie der von den USA inszenierten und mit 5 Milliarden finanzierten Regimewechsel 2014 als Volksbefreiung zu deklarieren (einschliesslich von drei Amerikanern, die als Regierungsmitglieder installiert wurden). Es gilt dabei auch das Verschweigen der Morde an Oppositionellen im Zusammenhang mit der vielgepriesenen Maidan-Revolution und der CIA-Umtriebe, den Kriegsterror des Kiewer Regimes seit 2014 gegen die Bevölkerung der Ostukraine. Und gilt auch das Totuschweigen

nach Gutsherrenart, bezüglich des Festlegens des Kriegsbeginns mit der russischen Gegenoffensive, um diese dann scheinheilig als «völkerrechtswidrigen Angriff» zu geisseln.

Nazi-Machenschaften in der ukrainischen Armee und Regierung abzustreiten und Kriegsverbrechen seitens der Kiewer Armee den Russen anzuhängen, sämtliche ukrainische Massaker, die begangen wurden und niemals von neutraler Stelle untersucht wurden, wurden und werden automatisch Russland angelastet, wie auch Folterungen, Vergewaltigungen, werden, ob sie nun begangen wurden oder nicht, ohne Beweise ausschliesslich der russischen Armee zugeschreiben.

Es gilt angebliche Deportation von Flüchtlingen und Kindesentführungen nach Russland anzuprangern und zu vergessen, dass Russland das Land ist, das bei weitem den meisten Flüchtlingen eine Heimat geboten hat. Zwangsrekrutierungen von Russen und angebliches Vorschicken von unausgebildeten Soldaten und deren Verheizung an der Front, als für Russland typisch darzustellen – während genau dieses Verbrechen bei der ukrainischen Armee gang und gebe ist. Russland aber den Einsatz von Söldnern (Wagner-Gruppe) vorzuwerfen und selbst eine internationale und brutale Söldnertruppe zu unterhalten, die vor nichts zurückschreckt, das wird der Öffentlichkeit verheimlicht.

Es wurde nicht nur beabsichtigt, sondern getan, dass Russland das Bombardieren von Zivilisten und Wohnvierteln unterstellt wurde, während man selbst genau diese Verbrechen seit 2014 praktizierte. Es wurde und wird von Selensky versucht, die Demokratie, Opposition und Meinungsfreiheit abzuschaffen und sich selbst als Verteidiger der demokratischen Errungenschaften feiern lassen, während er hunderttausende Soldaten sinnlos nur dem hegemonialen Interesse der USA opfert, wie er auch die ukrainische Wirtschaft, Landwirtschaft, und zudem die Arbeitnehmer der willkürlichen Verfügung von ausländischen, insbesondere amerikanischen Konzernen, Finanzhaien und Agrarfirmer überlässt.

Angehörige von Minderheiten, seien es Russen oder andere Ethnien, werden diskriminiert und ausgegrenzt, und es wird versucht, den Menschen ihre Sprache und Kultur zu nehmen und die Korruption als eigentliche Herrschaftsform zu kultivieren.

Da fällt mir als verkommenste und heuchlerischste Taktik der Propaganda ein, wie die ukrainische Präsidenten-Marionette in aller Welt als Held und Prophet gefeiert wird.

Selenskyj for US-President

Auf allen Kongressen, seien sie politisch oder kulturell ausgerichtet, wird Selensky als der neue Messias gefeiert. Sei es auf der Berlinale, bei der Verleihung des Aachener Karlspreises, oder als Mensch des Jahres durch das Time Magazine, das ihn heiliggesprochen und sogar vergöttert hat:

«Person of the year – Selenskyj the spirit of Ukraine»

Bei dem Medium kann er auf einen berühmten Vorgänger verweisen, denn 1938 prangte an derselben Stelle das Konterfei von Adolf Hitler. Zu dem Zeitpunkt musste selbst Adolf noch «medial aufgebaut» werden, damit das Unheil der folgenden Jahre stilvollendet seinen Lauf nehmen konnte. Als (un)heiliger Geist darf Selensky fortan überall mitreden; bei der Münchener Sicherheitskonferenz, beim G7, beim NATO- oder EU-Gipfel. Eigentlich gehört er nirgendwo hin, aber er wird als Maskottchen hochgehievt und stellt sich durch seine erstaunliche schauspielerische Leistung in den Vordergrund. Ein bisschen Hitler und ein bisschen Goebbels – könnte man vermuten. Wie wäre es mit einem Oskar für den besten Schauspieler? Biden tut's nicht mehr lange. Wie wäre es damit, ihn in die USA einzugemeinden nach alter Tradition – Reagan war doch auch ein Filmheld?



Schlussfolgerung

Ich hoffe, dass ich mit dieser Aufzählung den Finger in die offene Wunde gelegt habe. Aber leider befürchte ich, dass selbst diese Litanei an Verbrechen und Verfehlungen der Ukraine-US-Gang nicht ausreichen, um die westlichen Blinden zu überzeugen. Und wohl die meisten Bürger auch nicht, denn wer liest schon meine Zeilen? Und die grosse Mehrheit schweigt und lässt sich sedieren. Denn meine vordergründigen Argumente,

die das Wohl der Menschen fokussieren, sind für die Verantwortlichen nicht von Bedeutung. Und anscheinend für die gekauften und prostituierten Medien ebenfalls nicht. Aber wir wissen doch alle, dass dort, wo Geld und Machtinteressen im Spiel sind, menschliche Belange untergeordnet sind. Da kann man nur hoffen, dass die Russen kurzen Prozess machen, wenn schon Vernunft und Gerechtigkeit nicht siegen wollen.

Quelle: <https://qpress.de/2023/02/26/realitaetsverfaelschung-krieg-gegen-russland/>

Was haben die Bombardierung deutscher Städte und der Krieg in der Ukraine gemeinsam?

Hwludwig, Veröffentlicht am 27. Februar 2023

Wie jedes Jahr wurde in Pforzheim wieder der verheerenden britischen Bombardierung vom 23. Februar 1945 gedacht, durch die in der damals kleinen Stadt von ca. 60'000 Einwohnern in 20 Minuten ca. 18'000 Menschen getötet wurden. Das diesjährige offizielle Gedenken war geprägt von der Einbeziehung des gegenwärtigen Krieges, den der «Autokrat Putin» mitten in Europa entfesselt habe, und des Mitfühlens mit den Ukrainern. Der damit unterschwellig nahegelegte Vergleich mit der «Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch den Diktator Hitler» hat jedoch nur eine einzige Gemeinsamkeit aufzuweisen: Bei beiden Kriegen wird die Vorgeschichte ausgeblendet.

Oberbürgermeister Peter Boch (CDU), so berichtet die Pforzheimer Zeitung (PZ) am 24.2.2023, habe in der zentralen Gedenkveranstaltung auf dem Marktplatz in Erinnerung gerufen: «Vor einem Jahr gingen wir zu Bett in der Hoffnung, dass der Autokrat Wladimir Putin es nicht wagen würde, einen Krieg mitten in Europa zu entfesseln. Doch als wir erwachten, war genau dies geschehen.»

So seien es neben den fast 18'000 Opfern des Luftangriffs auf Pforzheim vor 78 Jahren auch sämtliche Tote, Verletzte, Verfolgte und Vertriebene von Kriegen und Konflikten früher und heute, derer die Teilnehmer gedenken. Man stehe hier auch zusammen in Solidarität mit den Menschen in der Ukraine, von denen mittlerweile mehr als 2000 in Pforzheim Zuflucht gefunden hätten.



Teilansicht der völlig zerstörten Innenstadt Pforzheims

Selbstverständlich ist es berechtigt, bei der Gedenkfeier an die eigenen Opfer der Bombardierung auch der Opfer des gegenwärtigen Krieges in der Ukraine zu gedenken. Aber man darf sie nicht einfach gleichsetzen und den Unterschied unterschlagen. Die alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges waren gezielt gegen die deutsche Zivilbevölkerung gerichtet, von der so viel Menschen wie möglich vernichtet werden sollten. Das waren barbarische Kriegsverbrechen. Die Russen dagegen haben in der Ukraine von Anfang an nur militärische Ziele angegriffen und bewusst vermieden, die Zivilbevölkerung zu treffen.

Vergleichbar wäre es, wenn man an den Beschuss der Zivilbevölkerung in der Ostukraine durch die ukrainische Armee erinnert hätte, der seit 2014 unaufhörlich auf Wohngebiete, Einkaufszentren, Schulen und Krankenhäuser stattfindet und bis heute über 14'000 Menschen, darunter Frauen und Kindern, das Leben gekostet hat.

Doch diese Tatsache wird wie die gesamte übrige Vorgeschichte des russischen Einmarsches – die NATO-Osterweiterung, der von USA, NATO und EU betriebene Maidan-Putsch, die Stationierung gegen Russland gerichteter Raketen- und Waffenbasen in der Ukraine¹ – ebenso unterschlagen, wie in den Pforzheimer Gedenkfeiern seit Jahren das Kriegsverbrechen der Briten aussen vor bleibt und nur die Schuld des nationalsozialistischen Deutschlands am Kriege in den Mittelpunkt gestellt wird, dessen Vorgeschichte, die Installie-

rung Hitlers mit Hilfe angloamerikanischer Finanzen aber ebenfalls ausgeblendet bleibt. Doch nur das Ganze ist die Wahrheit.

Wenn man schon – zu Recht – das menschenverachtende System des Nationalsozialismus immer wieder warnend in den Blick nimmt, dann ist es im höchsten Masse verwunderlich, dass die neonazistische Durchseuchung des ukrainischen Regimes, einschliesslich entsprechender Militäreinheiten, vollkommen unerwähnt bleibt und im Gegenteil als freiheitlich demokratisch gefeiert wird, das Freiheit und Demokratie des Westens gegen Russland verteidige. Verlogener geht's nicht.

Wir drucken nachfolgend unseren Artikel zur Pforzheimer Gedenkfeier von 2017 erneut ab, da er die verschwiegene Vorgeschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges grundsätzlich behandelt hat. Diese historische Aufarbeitung wird von den derzeit regierenden deutschen US-Vasallen systematisch mit primitiven Argumenten verhindert, wie sie auch die SPD-Bundestags-Vizepräsidentin Aydan Özoguz als Gast in Pforzheim wieder vorgebracht hat. Sie hob zunächst lobend hervor, dass man sich in Pforzheim durchaus dagegen wehre, so zu tun, als wäre damals (am 23.2.1945) vorher nichts geschehen. Die deutsche Schuld würde hier «uneingeschränkt eingestanden». Jeder Versuch, Tote gegeneinander aufzurechnen oder das deutsche Unrecht kleinzureden, müsse «auf entschiedenen Widerstand von uns allen» treffen. (PZ)

1 Siehe näher u.a.:

Dunkle Tage für Europa;

Die USA haben die russische Militäroperation bewusst provoziert

Siehe zum Thema auch:

<https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-2015/die-dresden-luege-225000-tote-klagen-an/>

Selbst schuld – Gedenkkultur in Pforzheim

20.2.2017

«Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein!» (Johannes 8,7)

Der jährliche Gedenktag der Stadt Pforzheim an die verheerende britische Bombardierung der Stadt am 23. Februar 1945, bei der in ca. 20 Minuten mehr als 17'600 Menschen den Tod fanden, ist seit Jahren durch zwei sich konträr gegenüberstehende Ereignisse gekennzeichnet: Die offiziellen Gedenkfeiern der Stadt auf dem Hauptfriedhof bzw. dem Marktplatz und die Fackel-Mahnwache des als rechtsextrem eingestuften Freundeskreises «Ein Herz für Deutschland» auf dem Wartberg. Das Gedenken der Stadt stellt das nationalsozialistische Deutschland in den Mittelpunkt, das die alleinige Schuld am 2. Weltkrieg trage und letztlich diese Bombardierung herbeigeführt habe. Die Veranstalter der Fackel-Mahnwache sehen die Toten als Opfer des kriegsverbrecherischen alliierten Bombenterrors.

Es ist natürlich richtig, diese Feiern mit einem mahnenden Gedenken an das menschenverachtende Terror-Regime des Nationalsozialismus zu verbinden. Doch es ist einseitig. Es ist aber auch richtig, dass diese furchtbare Bombardierung Pforzheims durch britische Bomberverbände, die sich auf die barbarische Vernichtung der Zivilbevölkerung richtete, objektiv ein Kriegsverbrechen war. Doch alleine nur daran zu erinnern, ist ebenfalls einseitig. Beides gehört in eine Feier. Und würde die Stadt beider Faktoren zugleich gedenken, wäre dem Aufmarsch der Fackelträger, die als Bürger der Stadt zu Recht die mahnende Erinnerung an die Verbrechen der Briten erwarten, weitgehend der Boden entzogen.

Relativierung

Durch die Erinnerung daran, dass die Bombardierung ein Kriegsverbrechen der Briten war, werden die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht «relativiert», wie oft oberflächlich argumentiert wird, wobei dem Begriff «relativieren» die negative Bedeutung «verharmlosen» untergeschoben wird.

«Relativieren» (von lat. relatio = Beziehung) heisst: etwas in Beziehung zu etwas anderem setzen. Denn nichts besteht isoliert für sich, sondern alles in der Welt steht mit vielem anderen in Beziehung. Eine isolierte Betrachtung ist künstlich einseitig, reisst etwas aus dem Zusammenhang, in dem es in der Wirklichkeit steht. Mit ihm muss man es wieder in Beziehung setzen. Dadurch wird die absolute Geltung einer Sache, die es nicht gibt, auf das Mass zurückgeführt, das ihr im Gesamtzusammenhang zukommt, eben relativiert, und in ihrer tatsächlichen Bedeutung erkannt. Auf «The Free Dictionary» im Internet heisst es treffend: «etwas (durch etwas) relativieren: Etwas in einem grösseren Zusammenhang und meist so in der richtigen Perspektive sehen: Alte wissenschaftliche Erkenntnisse werden durch neue meist nicht aufgehoben, sondern relativiert». (Vgl. Geschichtsverständnis und Politik)

«Relativierung» ist also eine wissenschaftliche Notwendigkeit. Wer sie bekämpft, bekämpft die Erkenntnis der Wahrheit. Denn «nur das Ganze ist die Wahrheit», wie Hegel immer wieder betonte. Die Raffinesse besteht darin, dass dem Namen des eigentlichen Begriffs «Relativierung» die negative Bedeutung des Begriffes «rechtslastige Verharmlosung» untergeschoben, er insofern diskreditiert, und, mit diesem Virus besetzt, in seiner eigentlichen positiven Wirksamkeit ausgeschaltet wird. Umgekehrt werden durch die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus aber auch die Verbrechen der Briten nicht verharmlost.

Kriegsverbrechen

Die Bombardierungen auf die deutschen Städte hatten mindestens ab Herbst 1944, als der Krieg praktisch entschieden war, nicht primär militärische Objekte zum Ziel. «Der rationale Bombenkrieg, geführt mit dem Ziel, die deutsche Rüstungsindustrie zu treffen, Verkehrsadern zu durchtrennen und die Lufthoheit über dem Kriegsgebiet zu erringen, war zumindest auf britischer Seite in ein militärisch unsinniges, verbrecherisches Abschachten von Zivilbevölkerung übergegangen», schrieb Peter Carstens am 24.2.2015 in der FAZ. Die gebürtige Pforzheimer Historikerin Ursula Moessner-Heckner belegt in ihrem Buch «Pforzheim – Code Yellowfin» nach intensiven Studien «der einschlägigen Dokumente in Militärarchiven von London und Washington und anderen wichtigen Archiven Englands und der USA ...», dass weder Vergeltung, noch die Pforzheimer Rüstungsindustrie die ausschlaggebenden Gründe für den Angriff der Alliierten waren. ... Aus alliierter Perspektive gesehen war Pforzheim militärisch und rüstungs-wirtschaftlich von geringer Bedeutung. ... Die alliierten Zielkomitees gaben Pforzheims Industrien die niedrigste industrielle Einstufung, nämlich Stufe drei – , die Industrien von geringer Wichtigkeit für die deutsche Rüstungsindustrie bezeichnete.» 1

Und wörtlich schrieb die Wissenschaftlerin:

«Ich fand, dass die Wahl Pforzheims, wie auch die anderer Städte als Ziel der Zerstörung zu diesem Zeitpunkt stark vom Zufall beeinflusst wurde, wie auch von dem Faktor, dass Pforzheim eine ältere Stadt mit engen Strassen und Gassen und einem leicht brandanfälligen Stadtkern, sich gut für einen Flächenangriff eignete. Und letzten Endes musste ich zu dem tragischen Fazit kommen, dass der Angriff ein Terrorangriff war.» 2

Es ging um die grossflächige Vernichtung möglichst vieler deutscher Zivilisten, eine Absicht, die auch aus vielen Äusserungen des britischen Kriegspremiers Winston Churchills spricht: «Kurz nach der Jalta-Konferenz (5.–11. Februar 1945) wiederholte Churchill 1945 zudem öffentlich, was er damals bereits intern gesagt hatte. Deutschland brauche seine Ostgebiete nicht mehr, «da weitere sechs oder sieben Millionen Deutsche im nächsten Jahr umkommen würden.» 3

Der britische «The Telegraph» schrieb am 13.2.2015 in einem Artikel: «Unterstützer von Grossbritanniens «Flächenbombardements» (gegen Zivilisten anstelle von militärischen oder industriellen Zielen) behaupten, dass es ein wichtiger Teil des Krieges war. Churchill schrieb, dass er «absolut verheerende, vernichtende Angriffe durch sehr schwere Bomber dieses Landes auf das Nazi-Heimatland» wollte. In einem weiteren Brief nannte er es «Terror-Bombing».» 4

Eine Sprengbombe trifft immer nur an einem Punkt auf. Eine Grossstadt wäre mit Sprengbomben allein nicht mit vertretbarem Aufwand zerstörbar, und viele Menschen kämen noch mit dem Leben davon, fand die britische Führung. Ein Brandbomben-Angriff schafft dagegen ein grosses Vernichtungsareal. Millionen abgeregnete Stabbrandbomben erzeugen einen Raum, in dem kaum noch Leben stattfinden kann, in dem die Hitze mit ca. 1700 °C so stark ist, dass man keine Luft mehr bekommt. Die heisse Luft steigt so rasch nach oben, dass unten ein Vakuum entsteht, in das Luft nicht so schnell nachströmen kann. Der ungeheure Sog zieht den Sauerstoff aus den Kellern, in denen die Menschen ersticken, und der Sturm, der dadurch entfesselt wird, reisst die Menschen ausserhalb mit und schleudert sie wie Puppen hinein in die Flammen.5

Der Historiker Jörg Friedrich, Autor des Buches «Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945», weitet das Szenario noch aus: Britische und amerikanische Jagdflugzeuge gingen ab Herbst 1944 noch speziell «auf eine Menschenjagd», «auf alles, was sich am Boden bewegte». Er bringt das Beispiel von Überlebenden der «Gustloff». Vor der Roten Armee nach Swinemünde geflohen, lagerten sie zusammen mit Tausenden anderen Vertriebenen in den Kurparks des Badeortes. «Und die US-Bomber tun in Swinemünde das, was sie in ganz Deutschland tun. Nicht nur, dass sie den Park bombardieren, sondern sie tauchen auch hinunter und mähen diese Bevölkerung, schwangere Frauen, mit Maschinengewehren nieder.» 6

Das haben die britischen Alliierten auch in Pforzheim gemacht. Vor ca. 20 Jahren las ich in einer Ausgabe der Pforzheimer Zeitung, dass am Tag nach dem Pforzheimer Feuersturm Überlebende in der Bleichstrasse an einem Suppenwagen anstanden, als britische Tiefflieger kamen und viele niedergemäht haben. Ich selbst habe das als Fünfjähriger bei Marburg auf dem Felde mit meinem Grossvater auch erlebt. Wir warfen uns in eine Ackerfurche, als Jagdflugzeuge nahten und 10 m über uns hinwegdonnerten. Zum Glück haben sie nicht geschossen. Aber andere Dorfbewohner sind auf dem Feld erschossen worden, und ein Nachbarjunge wurde von einer Maschinengewehrsalve getroffen, als er aus der Tür schaute.

Es waren Kriegsverbrechen und Verbrechen wider die Menschlichkeit, selbst dann, wenn Nazi-Deutschland ähnliche Verbrechen gegen England begangen hat. Gandhi bezeichnete dieses Vorgehen der Alliierten als «HITLER mit seinen Waffen bekämpfen, und das Ende ist, dass sie HITLER mit HITLER übertroffen haben.» 7 Beide Seiten in einer angeblich christlichen westlichen Welt sind auf demselben moralischen Niveau. Ein edler Hindu wendet sich da ab mit Grausen.

Die Benennung des britischen Kriegsverbrechens ist kein Hass und kein Verzicht auf Versöhnung. Das schonungslose Anschauen der ganzen Wahrheit ist erst die Voraussetzung von Verzeihung und wirklicher Versöhnung. Auf Verzerrung und Lüge lässt sich keine Versöhnung aufbauen, weil im Untergrund Verdrängtes unaufgearbeitet zurückbleibt.

Kriegsschuld

Die Beziehung (Relation) zwischen Grossbritannien, bzw. der britischen Elite und dem Nazi-Regime in Deutschland hat noch eine ganz andere historische Dimension. Doch diese wird von der herrschenden Geschichtsversion ausgeblendet. «Die Geschichtsschreibung ist der zweite Triumph der Sieger über die Besiegten», schrieb schon der französische Philosoph Michel de Montaigne aus dem 16. Jahrhundert. Und der britische Feldmarschall Bernard L. Montgomery soll nach dem 2. Weltkrieg fast gleichlautend formuliert haben: «Die Geschichtsschreibung ist immer der zweite Sieg des Siegers über den Besiegten.»

So ist die Geschichtsschreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg im Überleitungsvertrag von 1954, Artikel 7 an die Darstellungen im Urteil des Nürnberger Tribunals gebunden worden. Die beamteten Historiker in den staatlichen Hochschulen müssen sie lehren, wenn sie ihre Stellung nicht verlieren wollen, und die Kultusministerien sind in Bezug auf die Zulassung der Schulbücher darauf verpflichtet. Das hat die «Vereinbarung» vom 27./28.9.1990 zum Zwei-plus-Vier-Vertrag verlängert und gilt bis heute. 8 Das ist eben den wenigsten bekannt.

Die herrschende Geschichtsschreibung der beiden Weltkriege hat entsprechend mit einem Tunnelblick den Focus fast ausschliesslich auf die Taten Deutschlands gerichtet und blendet weitestgehend aus, was die anderen beteiligten Mächte dazu beigetragen haben und was sich parallel in ihren Ländern bereits im Vorfeld des Krieges abgespielt hat. Das hat mit Wissenschaft natürlich nichts zu tun, sondern mit politischer Tabuisierung bzw. Dogmatisierung. Wissenschaftler werden hier zu willfährigen Knechten der Macht. Wenn man den Anteil jedes Landes zu einem Gesamtbild zusammenträgt, wird nicht das geleugnet oder verkleinert, was auf das Konto Nazi-Deutschlands geht, sondern der Gesamtumfang der Wahrheit in den Blick genommen und in Beziehung zueinander gesetzt. Denn: «Nur das Ganze ist die Wahrheit.»

Historiker, die bisher ausgeklammerte Aspekte und Perspektiven einzubringen versuchen, werden noch immer systematisch rechtsausen eingeordnet und gesellschaftlich diskreditiert. Unter hohem persönlichem Risiko und Opfer müssen sie ihre Forschungsergebnisse in kleinen Verlagen, wenig beachtet, veröffentlichen. Der britisch-amerikanische Wirtschaftshistoriker Anthony Sutton hat bereits 1976 in seinem Buch «Wall Street und der Aufstieg Hitlers» auf interessante Zusammenhänge aufmerksam gemacht. In der Verlagsankündigung des im Basler Perseus-Verlag auf Deutsch erschienenen Buches heisst es: «Während die Halbwahrheit, dass der Hitlerismus mit Hilfe der amerikanischen Streitkräfte 1945 besiegt wurde, in alle Köpfe gehämmert wurde, bleibt die andere Hälfte der Wahrheit, dass derselbe Hitlerismus nur mit Hilfe westlicher (britisch-amerikanischer) Kapitalhilfe überhaupt aufgebaut werden konnte, bis heute ein Tabu akademischer Geschichtsschreibung.» 9

Sutton belegt, dass Hitler und die NSDAP nicht nur von deutschen Industriellen, sondern auch gezielt in erheblichem Umfang von Wallstreet-Finanziers finanziell unterstützt und gefördert wurden, deren Aufstieg zur Macht sonst nicht möglich gewesen wäre. Auch «der Beitrag des amerikanischen Kapitalismus zu den deutschen Kriegsvorbereitungen vor 1940 kann nur als phänomenal beschrieben werden. Er war mit Sicherheit von entscheidender Bedeutung für die deutschen militärischen Fähigkeiten», schreibt er (S. 23). Sutton wird bestätigt und in Bezug auf die Machenschaften der britischen Elite ergänzt durch die Forschungsarbeit des amerikanischen Wissenschaftlers Guido Giacomo Preparata mit dem Titel «Wer Hitler mächtig machte. Wie britisch-amerikanische Finanzeliten dem Dritten Reich den Weg bereiteten», die 2010 im selben Verlag auf Deutsch erschienen ist. Preparata nimmt im Vorwort das Ergebnis seiner Forschungen vorweg und konstatiert, «dass sich die angelsächsischen Eliten über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren (1919–1933) in die deutsche Politik in der bewussten Absicht einmischten, eine reaktionäre Bewegung hervorzubringen, die sie dann als eine Art Pfand in ihren geopolitischen Intrigen verwenden konnten. ... Damit soll nicht gesagt werden, dass England die Hitlerbewegung ersonnen hätte; es hat aber (von Versailles an) die Bedingungen geschaffen, unter denen ein solches Phänomen erscheinen konnte, und hat sich in der Folge der Aufgabe gewidmet, die Nationalsozialisten finanziell zu unterstützen und bis an die Zähne zu bewaffnen, in der Erwartung, sie anschliessend manipulieren zu können. Ohne diese systematisch und reichlich gewährte 'Protektion' von Seiten der angloamerikanischen Eliten, zusammen mit der Stärkung von Seiten Sowjetrusslands, hätte es keinen Führer und keine Nazibewegung gegeben.»

Wesentliche Linien beider Bücher sind in vorangegangenen Artikeln dieses Blogs dargestellt worden. 10 Der Zweite Weltkrieg war nicht die Folge des Nationalsozialismus, sondern dieser war ein von der britischen Elite aufgebautes Instrument, den Krieg glaubhaft herbeizuführen. Die wahren Absichten der Briten lassen z.B. auch die folgenden Äusserungen führender Persönlichkeiten erkennen. So sagte der Historiker und Generalmajor J.F.C. Fuller: «Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt. Anlass war der Erfolg seines Wachstums, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzeln des Krieges waren Neid, Gier und Angst.» 11

Deutschland müsse vernichtet werden, das gehörte zu den Überzeugungen, mit denen Winston Churchill bereits 1934 den emigrierten Heinrich Brüning in England begrüßte. 12 Und zu einem Beauftragten des deutschen Widerstandes sagte der Kriegspremier Churchill während des Krieges: «Sie müssen sich darüber klar sein, dass dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt.» 13

Als Hitler die deutsche Wehrmacht Polen angreifen liess, worauf England Deutschland den Krieg erklärte, sagte der britische Aussenminister Lord Halifax in London: «Jetzt haben wir Hitler zum Krieg gezwungen, so dass er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann.» 14

Um es noch einmal zu betonen: Es geht nicht um eine Verharmlosung des verbrecherischen Nazi-Regimes und seiner Machtpolitik. Es kann aber auch nicht um deren Verfälschung und erst recht nicht um eine Verharmlosung der britischen Machtpolitik gehen.

Gedenkkultur in Pforzheim

Auf der Gedenkfeier am 23. Februar 2016 sagte der Oberbürgermeister Pforzheims Gerd Hager (SPD) u.a.: «Diese Erinnerung ist schmerzlich. Schmerzlich auch, weil wir wissen, was zu diesem 23. Februar geführt hat. Wir wissen, was diesem Tag vorausgegangen ist. Wir wissen, dass dieser Krieg, der im Februar 1945 auch unsere Stadt in der schrecklichsten Weise erreicht hat, von Deutschland ausgegangen ist. Von einem nationalsozialistischen Deutschland, das mit diesem Krieg millionenfachen Mord und Tod, Vertreibung und Elend verursacht hat und mit dem Holocaust ein Menschheitsverbrechen begangen hat, dessen Ausmass all unsere Vorstellungskraft übersteigt.

Darum tun wir uns immer schwer mit dem Gedenken. Überall in diesem Land – und auch in unserer Heimatstadt Pforzheim. Denn auch hier hat es Menschen gegeben, zu viele Menschen, die das nationalsozialistische Regime – auch schon von Anfang an – unterstützt oder in Kauf genommen haben. Und es hat hier wie andernorts zu wenige gegeben, die sich dagegengestellt haben. Viel zu wenige.» 15

Ein deutscher Parteipolitiker hat hier den Tunnelblick der herrschenden Geschichtsschreibung tief verinnerlicht und befolgt ihn politisch korrekt. Das heisst, er lebt nicht in der historischen Wirklichkeit. Von der Komplexität der Geschichte mit ihren verschiedenen Ebenen, Dimensionen und Verflechtungen, ihrer Tragik hat er keine Ahnung. Für ihn gibt es nur die einfache monokausale Linie von Ursache und Wirkung, Schuld und Folge. Und wer Nationalsozialist war, trägt Mitschuld am Kriege. Darum tut er sich schwer mit dem Gedenken. Schmerzlich ist ihm daher die Erinnerung. Etwas später sagt er zwar: «Mit Schuldzuweisungen kommen wir dabei nicht weiter. Wir müssen vielmehr aufpassen, selbst nicht schuldig zu werden.»

Doch unausgesprochen schwingt der Vorwurf mit, die Pforzheimer Bevölkerung sei letztlich selbst schuld an ihrem Untergang gewesen. Er kann sie nicht mit ungeteiltem Schmerz als Opfer barbarischer britischer Verbrechen – die zu erwähnen er auch peinlich vermeidet – beklagen. Sie sind eher Mittäter und Mitläufer nationalsozialistischer Verbrechen, die letztlich die Folgen auch auf sich selbst gezogen haben. Auch ein anderer Parteipolitiker, Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP), sprach vor kurzem dieselbe Gesinnung aus, nur deutlicher: «Dresden war keine unschuldige Stadt, das wurde wissenschaftlich ausgewertet.» Und: «Es gibt immer noch Versuche, die Geschichte umzudeuten und Dresden in einem Opfermythos dastehen zu lassen.»

Also die Geschichte steht fest, «wissenschaftlich» festgestellt. Da kann es gar keine anderen Erkenntnisse mehr geben. Wer etwas anderes bringt, will die Geschichte nur umdeuten, also verfälschen. Und das können dann nur unverbesserliche Rechtsaussen sein. – Aber ein wahrer Geschichtswissenschaftler weiss von dem Vorläufigen, Fragmentarischen, Ergänzungs-, und vielleicht auch Korrekturbedürftigen seiner Forschungen. Er hat es in der Geschichte seiner eigenen Zunft schon zu oft wahrgenommen.

Wo ist die Schuld in den oben skizzierten Dimensionen der geschichtlichen Ereignisse? Bei den Briten oder den Deutschen? Natürlich bei beiden. Die Schuld der gigantischen weltpolitischen Intrigen der anglo-amerikanischen Eliten hebt die Schuld der Deutschen nicht auf. Aber diese steht zu jener in einer bestimmten Beziehung (Relation), wird durch sie relativiert. Die eine kann nicht ohne die andere behandelt werden, wenn nicht die Geschichte verfälscht werden soll.

Doch gibt es die Schuld einer ganzen Stadt, weil dort neben Gerechten, Schlagschafen, Gleichgültigen, unschuldigen Kindern, Gefangenen auch stramme Nationalsozialisten lebten? Schuld ist persönlich, individuell, sie ist menschlich, wie alle Schuld. Sie beruht zumeist auf eingeschränkter Sichtweise, auf Irrtum, Unbildung, tragischer Verstrickung, Verführung, Verblendung und Angst, die ein Terror- und Spitzelregime hervorbringt. Karl Jaspers bezeichnete den Nationalsozialismus als den Einbruch des Dämonischen in die Menschenwelt. Dessen suggestiver Überwältigung konnten sich viele nicht entziehen. Zugelassen haben es in erster Linie die geistverlassenen Intellektuellen und Politiker Deutschlands, die die spirituelle Hochkultur der Deutschen der Goethezeit verraten und ein geistiges Vakuum bereitet hatten, in das das Dämonische hineinfahren konnte.

Es ist leicht, aus sicherem Abstand als «Heutige», die «an den NS-Verbrechen von damals keine persönliche Schuld» haben, wie der OB anschliessend bemerkt, «sich schwer zu tun mit dem Gedenken». Und da passiert es leicht, dass eine versteckte, in Schmerz gekleidete Selbstgerechtigkeit angesichts der ungeheuren geschichtlichen Tragik nicht umfassendes Mitleid mit den Umgekommenen empfindet, sondern noch nachträglich «mit Steinen wirft».

- 1 Pforzheimer Zeitung vom 23.2.1995 „Zerstörung Pforzheims war ein Terrorangriff
 - 2 zitiert nach Anm. 1
 - 3 Brief Heinrich Brüning 26.10.1945, zitiert nach Stefan Scheil: Churchill, Hitler und der Antisemitismus 2009, S. 99
 - 4 telegraph.co.uk 13.2.15
 - 5 Vgl. Jörg Friedrich in der WELT vom 21.11.2002
 - 6 <http://www.webarchiv-server.de/pin/archiv02/4802ob39.htm>
 - 7 <http://zitate-aphorismen.de/zitat/die-vereinigten-staaten-zogen-aus-hitler/>
 - 8 Vgl. Gerd Schultze-Rhonhof: Der Krieg, der viele Väter hatte, München, 2. Aufl., S. 12-13
 - 9 Anthony Sutton: Wallstreet und der Aufstieg Hitlers, Basel 20147
 - 10 Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus; Das britische Schachspiel
 - 11 Generalmajor J.F.C. Fuller, Historiker, England „Der Zweite Weltkrieg“, Wien 1950
 - 12 Vgl. Stefan Scheil, Churchill, Hitler und der Antisemitismus, Berlin 2009, S. 105
 - 13 Kleist, Peter „Auch du warst dabei“, Heidelberg, 1952, S. 370 und Emrys Hughes, Winston Churchill – His Career in War and Peace, S. 145
 - 14 „Nation Europa“, Jahrgang 1954, Heft 1, S. 4; Wie es England dazu brachte, siehe: Zwang England Hitler zum Angriff gegen Polen?
 - 15 pf.webseiten.cc
- Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/02/27/was-haben-die-bombardierung-deutscher-stadte-und-der-krieg-in-der-ukraine-gemeinsam/>

Pflege des Feindbildes Putin – Die erneuerten Lügen um den Abschuss der MH 17

Hwludwig, Veröffentlicht am 1. März 2023

Angesichts der erneuten Lügen, mit denen Anfang Februar die westliche Lügenpresse wieder Gift und Galle über den russischen Präsidenten Putin goss, er habe 2014 beim Abschuss der MH 17 eine «aktive Rolle» gespielt, setzte sofort der frühere Lufthansapilot Peter Haisenko einen aufdeckenden Artikel dagegen. Er hatte schon früh die westliche These vom Abschuss der Passagiermaschine durch eine russische Rakete durchschaut und nachgewiesen, «dass dieses Verbrechen nur durch direkten Beschuss eines Kampfflugzeugs entstanden sein kann». Mit seiner freundlichen Genehmigung übernehmen wir nachfolgend seinen Artikel vom 11.2.2023 von seinem Blog «AnderweltOnline» 1 (hl):

MH 17 – Punktgenau werden alte Lügen aufgefrischt

Von Peter Haisenko

Es war zu erwarten, dass der Westen in seiner Not die Lügen zum MH 17-Abschuss wiederholen wird. Präsident Putin habe eine aktive Rolle beim MH 17-Absturz gespielt, ist die Überschrift für unzählige Veröffentlichungen. Internationale Ermittler hätten das jetzt herausgefunden. Im Bericht dieser Ermittler steht das aber gar nicht.



Peter Haisenko im Cockpit der Condor DC 10 (Wikimannia)

Seit mehr als acht Jahren versucht das JIT (Joint Investigation Team) in Holland, die Wahrheit über den Abschuss der MH 17 zu vertuschen. Das Märchen von einem russischen BUK-System wurde erfunden, um nicht darüber diskutieren zu müssen, wessen Kampfflugzeug es war, das für den Tod von 298 unschuldigen Menschen verantwortlich ist. Von Anfang an stand für die westlichen Medien fest, dass es nur Putin persönlich gewesen sein kann, der den Abschuss befohlen hat. Ohne auch nur auf die ersten Untersuchungser-

gebnisse zu warten, titelte «Der Spiegel»: «Stoppt Putin jetzt!» Anhand der Bilder der Trümmer war aber sofort zu erkennen, dass dieses Verbrechen nur durch direkten Beschuss eines Kampfflugzeugs entstanden sein kann. Ich war der erste, der das erkannt und veröffentlicht hatte. Siehe hier:

<https://www.anderweltonline.com/wissenschaft-und-technik/luftfahrt-2015/schockierende-analyse-zum-abschuss-der-malaysian-mh-17/>

Die Arbeit des JIT war jenseits jeglicher Standards, die bei Unfällen von Luftfahrzeugen obligatorisch sind. Metallurgische Untersuchungen an den runden Einschusslöchern wurden nicht durchgeführt, ebenso wie die Wrackteile, die angeblich einen BUK-Treffer beweisen sollten, an dem zusammengesetzten Aufbau fehlten. Es war keine Untersuchung, es war eine einzigartige Verschleiерungsaktion der Wahrheit. Es durfte und darf bis heute nicht herauskommen, dass ein ukrainisches Kampfflugzeug der Übeltäter war. Insbesondere jetzt nicht. So wird die alte Lüge einfach neu aufgekocht. Putin war's!

Die dpa-Meldung ist Desinformation

Es ist die Nachrichtenagentur dpa, die die reisserische Meldung produziert hat. Die liest sich so im Original: «Der russische Präsident Wladimir Putin spielte nach Erkenntnissen internationaler Ermittler eine aktive Rolle beim Abschuss des Passagierflugzeuges MH17 im Juli 2014 über der Ostukraine. Das geht aus abgehörten Telefongesprächen hervor, wie das Ermittlerteam am Mittwoch in Den Haag mitteilte.»

Diese Meldung ist ein Paradebeispiel, wie mehrere Propagandalügen mit zwei Sätzen unters Volk gebracht werden. In dem Bericht aus Holland steht nämlich etwas anderes. Aber wer macht sich schon die Mühe, den Originalbericht durchzulesen? Bereits der Abschlussbericht des JIT aus dem Jahr 2019 war so gestaltet, dass nur Fachleute erkennen konnten, dass in dem Bericht selbst der Nachweis erbracht wird, dass es keine BUK gewesen sein kann, die die MH 17 zerstört hat. Siehe hier:

<https://www.anderweltonline.com/wissenschaft-und-technik/luftfahrt-2019/mh-17-auf-der-suche-nach-der-wahrheit-in-kuala-lumpur/>

Doch zurück zum aktuellen Propagandawerk der dpa. ntv greift das auf und zitiert aus dem Zusammenhang gerissenen Versatzstücken, die willkürlich «angefettet» werden: «Die Ermittler stützen ihre Schlussfolgerung, dass der russische Präsident mutmasslich für die Lieferung der Rakete persönlich verantwortlich war, unter anderem auf ein Telefongespräch eines russischen Regierungsberaters. Darin war es demnach um verzögerte Waffenlieferungen an die prorussischen Separatisten gegangen. Zu diesem Zeitpunkt hielt sich Putin in Frankreich auf. Die Verzögerung liege daran, «dass es nur einen gibt, der eine Entscheidung trifft (...), die Person, die gerade auf einem Gipfel in Frankreich ist», heisst es in einer Passage des Telefonats, welche die Ermittler vorspielten. Sie gaben aber an, dass die Beweise für eine strafrechtliche Verfolgung nicht ausreichten.»

Warum hat Moskau so zurückhaltend reagiert?

Klingt überzeugend? Es gibt aber ein Problem dabei. Das angeblich abgehörte Telefongespräch Putins, geführt während des Gipfels in Frankreich, fand im Jahr 2019 statt, also fünf Jahre nach dem Abschuss der MH 17. So wird auch verständlich, dass «die Beweise für eine strafrechtliche Verfolgung nicht ausreichten». Sie dienen nur dem Ziel zu behaupten, nur Putin selbst hätte den Abschuss befehlen können. Und nein, das ist kein Ausrutscher, es ist eine gezielte Irreführung der Leser. Vor dem Abschuss der MH 17 befand sich Putin in Brasilien, wo er auch Merkel traf, und während dieses Massakers befand sich Putin in seiner Regierungsmaschine auf dem Weg nach Moskau. Da liegt der Hase im Pfeffer.

Nach vielen Gesprächen, mit holländischen Ermittlern und auch mit Militärs in Malaysia, hat sich der Verdacht verdichtet, dass es tatsächlich der Plan war, Putin mit seinem Flugzeug abzuschiessen. Nur der Zufall, die Wetterverhältnisse, haben dafür gesorgt, dass Putin nicht auf der ursprünglich geplanten Route über die Ukraine nach Moskau geflogen wurde, sondern etwa 300 Kilometer weiter nördlich über Polen. Das hat ihm das Leben gerettet und der Abschuss der MH 17 war ein Irrtum, wie auch der Pilot sagte, der wahrscheinlich den Abschuss durchgeführt hat. Er wird zitiert mit der Aussage, «es war das falsche Flugzeug am falschen Ort.» Nachdem sich bei mir diese Erkenntnis verdichtet hatte, kann ich auch verstehen, warum sich Moskau derart zurückgehalten hat und das immer noch tut, mit klaren Anschuldigungen gegen Kiew und die wahren Täter.

Der Krieg mit Russland sollte 2014 beginnen

Ebenfalls hat sich im Lauf meiner Gespräche und Recherchen die Überzeugung verdichtet, dass bereits 2014 mit dem Abschuss von Putins Flugzeug der Krieg gegen Russland seinen Lauf nehmen sollte. Damals war aber Russland noch nicht vorbereitet auf die Perfidie des Westens, der NATO. Es war für Moskau absehbar, dass der Sanktionsreigen, der mit einem solchen Waffengang einhergehen würde, noch nicht aufgefangen, kompensiert werden könnte. Die Sanktionen wegen des Referendums auf der Krim trafen Russland ziemlich unvorbereitet, weil man in Moskau nicht damit gerechnet hatte, dass der Westen derart aggressiv die Zerstörung der Russischen Föderation betreiben wird. Man war zu gutgläubig, wie auch bezüglich der NATO-Osterweiterung.

Das Problem für die Führung im Kreml war innenpolitisch. Wie sollte man den eigenen Bürgern erklären, dass man auf einen derartigen Angriff auf ihren Präsidenten nicht sofort eine Strafaktion durchführen wollte? Putin wäre als schwach wahrgenommen worden und der Westen hätte zumindest einen Teilerfolg erzielt. Die russische Seele wäre verletzt worden und Putins Charisma hätte gelitten. Vergessen wir nicht, der Bürgerkrieg in der Ostukraine war schon in vollem Gange. Der Bürgerkrieg, den Poroschenko mit seinem Verbot der russischen Sprache ausgelöst hatte. Auch die Verbrechen der ukrainischen Nationalisten in Odessa, als Dutzende Menschen im Gewerkschaftsgebäude verbrannt worden sind, waren noch frisch. Dass Moskau auch darauf nicht angemessen reagieren konnte, hat schon Unmut in der russischen Bevölkerung ausgelöst.

Die Zurückhaltung kann nicht aufgegeben werden

Fortan war es nicht mehr möglich, bezüglich der MH 17 eine andere Position einzunehmen. Jeder Versuch in dieser Richtung wäre für den Kreml nicht gut ausgegangen, innenpolitisch. So überliess man es den russischen Medien, dem Fernsehen, über die Wahrheit zu berichten. Ich selbst war noch im Frühjahr 2020 auf Einladung in Moskau zu einem Interview, das immerhin von Iswestija, einem der grössten Medienkonzerne Russlands, durchgeführt und landesweit ausgestrahlt wurde. Aber von der offiziellen Politik in Russland wurde der Ball weiterhin sehr flach gehalten. Russland war sowieso von Anfang an von den Ermittlungen ausgeschlossen worden und konnte so auch nicht darauf hinwirken, dass die Wahrheit ans Licht kommt.

Die einzige Möglichkeit, bei diesem Prozess das Gesicht zu wahren, wäre gewesen, wenn das holländische JIT die Wahrheit gesucht und gefunden und veröffentlicht hätte. Dann wäre der Westen in der Pflicht gestanden, die Verantwortlichen in Kiew zur Rechenschaft zu ziehen und auch Russlands Bevölkerung wäre ohne Strafmassnahmen Moskaus zufrieden gewesen. Der Punkt ist wiederum, dass der Kreml damals noch blauäugig an die Rechtschaffenheit des Westens geglaubt hatte. Als sich aber schnell herausstellte, dass der Westen mit seiner Medienmacht die Lüge von der russischen Schuld niemals aufgeben wird, war es zu spät, die Position des Kreml zu ändern. So hat Putin im Stillen seine Konsequenzen gezogen. Er hat das russische Militär auf Vordermann gebracht, weil er wusste, dass der Westen seinen Plan nicht aufgeben wird, die Russische Föderation zu zerschlagen und sich deren Bodenschätze unter den Nagel zu reissen.

Nicht nur Kiew hat aufgerüstet

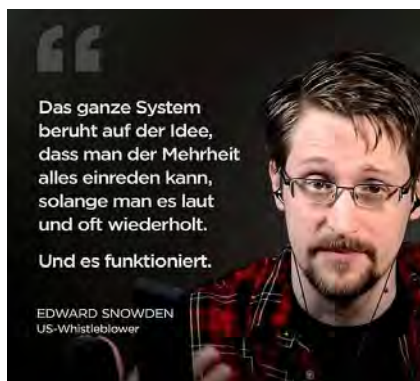
Im Lauf der nächsten acht Jahre hat Russland seine Wirtschaft gegen die immer zunehmenden Sanktionen gehärtet und sich in China einen Verbündeten gesucht. Auch die Entwicklungen in der Militärtechnik wurden mit Hochdruck vorangetrieben und so verfügt Russland jetzt über Arsenalen, die in einigen Bereichen der NATO überlegen sind. Erst jetzt konnte Russland beginnen, aktiv die russische Bevölkerung im Osten der Ukraine vor dem Dauerbeschuss und dem Terror aus Kiew zu schützen. Vergessen wir nicht, bis dahin sind etwa 14'000 Zivilisten im Donbass durch den Beschuss der ukrainischen Nationalisten ums Leben gekommen. So kann man Putin nur zustimmen, wenn er sagt: Wir haben diesen Krieg nicht angefangen, aber wir werden ihn jetzt beenden. 2

Es sieht nicht gut aus, für die ukrainische Armee. Mannschaften, Gerät und Munition gehen zur Neige und die NATO kann gar nicht so schnell nachliefern, wie die russischen Kämpfer all das vernichten. Die NATO, der Westen, weiss, dass Kiew über Kurz oder Lang kapitulieren wird. Das aber wird sie nicht anerkennen und erst recht nicht seine aggressive Haltung gegenüber Russland aufgeben. So muss das Feindbild Putin sorgfältig gepflegt werden und was fällt einem da natürlich ein? MH 17! Die Lügen darum sind schon derart verfestigt, dass man sie immer wieder revitalisieren kann. Neue Beweise braucht es da nicht und die Russlandhasser werden die Lüge auch so weiterhin unhinterfragt annehmen.

Seymour Hersh zwingt Russland und die NATO zu reagieren

Putin, der Satan höchstpersönlich, der Schlächter von 298 unschuldigen Zivilisten, muss gnadenlos bekämpft werden. So konditioniert man schon die westliche Bevölkerung zu akzeptieren, dass man mit Russland niemals freiwillig zu einem friedlichen Umgang finden will. Interessant dabei ist auch, dass diese Attacke auf Putin nahezu zeitgleich mit der Veröffentlichung von Seymour Hersh gefahren worden ist, in der er unmissverständlich nachweist, wer Nordstream gesprengt hat. Ja, der Westen, die NATO, läuft auf der letzten Rille. Bezüglich Nordstream kann und muss Russland aber jetzt anders agieren, als bei der MH 17.

Obwohl Moskau wahrscheinlich von Anfang an wusste, wer Nordstream gesprengt hat, vielleicht nicht mit allen Details, war man dort zunächst ähnlich wie bei MH 17 sehr zurückhaltend. Jetzt aber, nachdem anders als bei MH 17, ein renommierter amerikanischer Journalist die Wahrheit offengelegt hat, sind klare Worte angesagt. Seymour Hersh ist eben jemand anderes als ein unbekannter Peter Haisenko, der MH 17 aufgeklärt hatte. Jetzt kann und muss der Kreml hart reagieren und findet China in diesem Bemühen an seiner Seite. Wer kann sich da noch wundern, dass die Westmedien ihren einstigen Lieblingsjournalisten jetzt verunglimpfen und punktgenau die alten Lügen zu MH 17 in die Welt blasen?



Anmerkungen:

1 <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20231/mh-17-punktgenau-werden-alte-luegen-aufgefrischt/>

2 Inzwischen hat NATO-Generalsekretär Stoltenberg zugegeben, dass der Krieg 2014 begonnen habe:

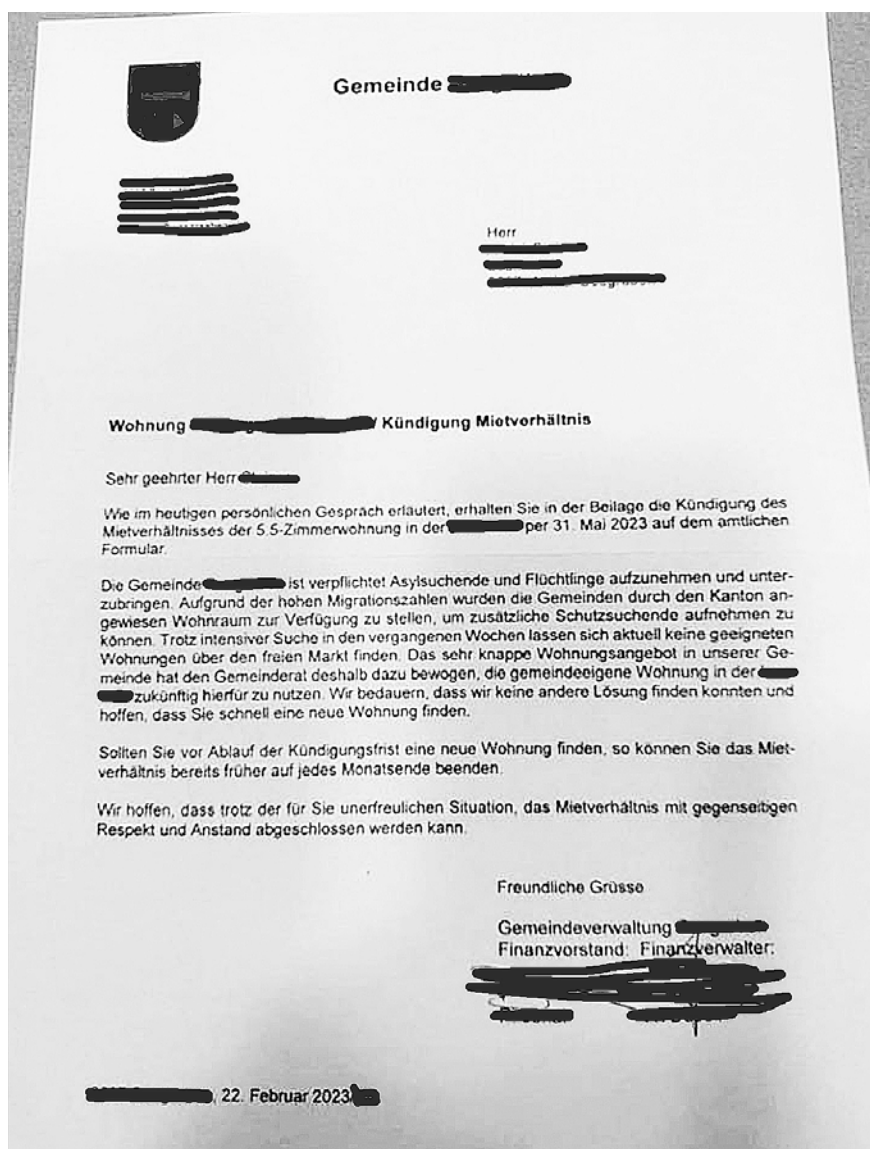
<https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20231/nato-stoltenberg-mutiert-zum-putinverstehrer/>

Quelle: <https://fassadenkratzer.wordpress.com/2023/03/01/pflege-des-feindbildes-putin-die-erneuerten-lugen-um-den-abschuss-der-mh-17/>

Salome Billy

In Anhang habe ich ein Foto eines Schreibens einer Gemeinde in der Schweiz erhalten. Mittlerweile kann ich mir sehr gut vorstellen, dass dies böse Realität ist.

Salome Manuel Bretbacher



Das ist der Hammer – und das in der Schweiz!

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



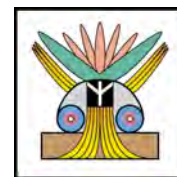
© FIGU 2023

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Schritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz